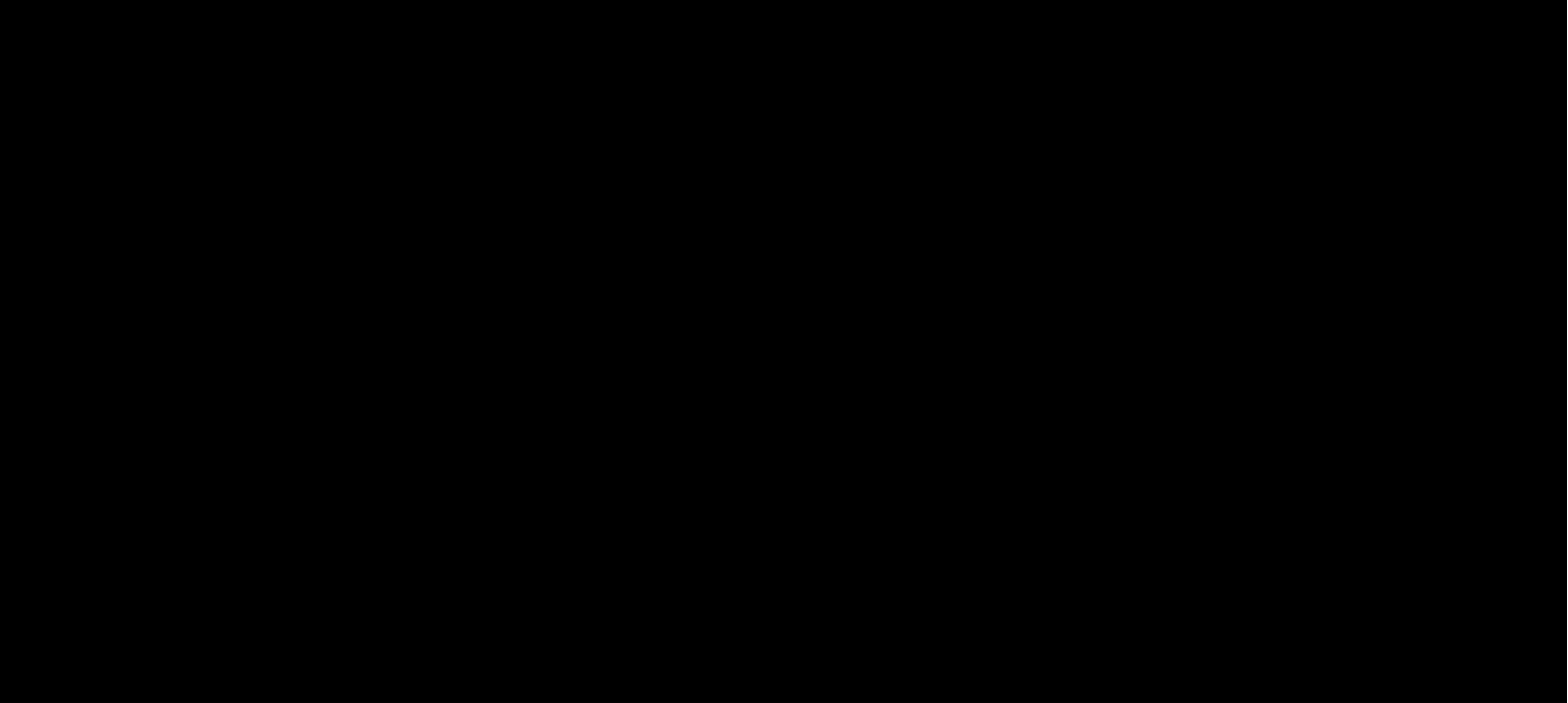


2024

WELTHUNGER-INDEX

MIT GENDERGERECHTIGKEIT ZU MEHR KLIMARESILIENZ
UND ZERO HUNGER





2024

WELTHUNGER-INDEX

MIT GENDERGERECHTIGKEIT ZU MEHR KLIMARESILIENZ
UND ZERO HUNGER

Miriam Wiemers, Marilena Bachmeier, Asja Hanano, Réiseal Ní Chéilleachair, Aimée Vaughan, Connell Foley,
Holger Mann, Daniel Weller, Katrin Radtke, Heidi Fritschel

Gastautorinnen:

Nitya Rao (University of East Anglia), Siera Vercillo (Wageningen University), Gertrude Dzifa Torvikey (University of Ghana)

Bonn/Berlin/Dublin/Bochum
Oktober 2024



Weitere Informationen unter
www.welthungerindex.de
#GHI2024

Dieser Bericht wurde von externen
Expert*innen begutachtet (Peer-Review).





Ein gendergerechter Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen und Informationen ist essenziell für eine inklusive Umgestaltung der Ernährungssysteme. In Northern Bahr el Ghazal im Südsudan, wo die Folgen der Wirtschaftskrise und der Überschwemmungen deutlich spürbar sind, bauen Frauen eine Zubringerstraße, um den Zugang zu wesentlicher Infrastruktur zu sichern.

VORWORT

Im vergangenen Jahr fanden zwei bedeutende Jubiläen in den globalen Bemühungen zur Förderung der Menschenrechte statt: der 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der 20. Jahrestag der Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf angemessene Nahrung. Diese Meilensteine ebneten den Weg zu einem universellen Recht auf angemessene Nahrung. Doch auch 2024 ist eine angemessene Ernährung für Milliarden von Menschen noch immer unerreichbar, während das Recht auf Nahrung und das Völkerrecht von Machthabenden eklatant missachtet werden.

Der Welthunger-Index (WHI) zeigt die globale, regionale und nationale Hungersituation und verdeutlicht, wo Maßnahmen zur Hungerreduzierung am dringendsten erforderlich sind. Als Instrument zur Messung langfristiger Hungertrends zeigt der WHI 2024, dass der weltweite Hunger trotz Lichtblicken in einigen Regionen und Ländern auf einem *mäßigen* Niveau stagniert, das sich gegenüber 2016 kaum verändert hat. Das Ziel Zero Hunger bis 2030 scheint unerreichbar. Weltweit haben 733 Millionen Menschen – deutlich mehr als noch vor zehn Jahren – keinen Zugang zu ausreichend Kalorien, und 2,8 Milliarden Menschen können sich keine gesunde Ernährung leisten. Die akute Ernährungsunsicherheit und die Gefahr von Hungersnöten nehmen zu, Hunger wird zudem vermehrt als Kriegswaffe eingesetzt. Hinter diesen alarmierenden Statistiken verbirgt sich ein Zustand der permanenten Krise, verursacht durch weitverbreitete Konflikte, die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels, wirtschaftliche Herausforderungen, Schuldenkrisen und Ungleichheit. Dennoch haben einige Länder gezeigt, dass Fortschritte möglich sind. Unter anderem in Bangladesch, Mosambik, Nepal, Somalia und Togo konnten die WHI-Werte deutlich gesenkt werden, obwohl Hunger dort nach wie vor ein großes Problem darstellt.

Neben der Bewertung von Hungertrends, beleuchtet der diesjährige WHI-Bericht in einem Gastbeitrag von Nitya Rao, Siera Vercillo und Gertrude Dzifa Torvikey die Rolle der Gendergerechtigkeit für die Erreichung von Klimaresilienz und Zero Hunger. Genderungleichheit ist eine der größten Bedrohungen für nachhaltige Entwicklung und die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. Genderspezifische Diskriminierung erschwert den gerechten Zugang zu Ressourcen wie Land und Kredite und erschwert die Bewältigung von Klimaschocks und -stressoren. Die gute Nachricht lautet, dass Gendergerechtigkeit – die Gleichstellung der Menschen in allen Lebensbereichen – das Potenzial eines transformativen Wandels birgt. Der Zugang von Frauen zu und die Kontrolle über Vermögenswerte sowie die gemeinsame Entscheidungsfindung zwischen Paaren können die Ernährungssicherheit eines Haushalts, die Ernährung der Kinder und das allgemeine Wohlbefinden verbessern. Wenn Entscheidungsfindungen zu nachhaltiger Landwirtschaft,

Diversifizierung der Existenzgrundlage und Bildung integrativ und gerecht sind, verbessern sich die Klimaresilienz und Ernährungssicherheit von Haushalten und Gemeinschaften.

Erfahrungen mit gemeinschaftszentrierten Programmen unterstützen diesen Ansatz. Erste Ergebnisse eines Projekts der Welthungerhilfe (WHH) im Südsudan deuten darauf hin, dass Klimaanpassungsmaßnahmen, wie das Pflanzen von Bäumen und die Agroforstwirtschaft, deutlich zunahmten, wenn Frauen und Männer gleichermaßen in die Entscheidungsfindung und den Umgang mit Ressourcen einbezogen wurden. In Malawi kommen Paare im Rahmen des Umodzi-Programms von Concern Worldwide zusammen, um über Gendernormen, Stereotype und Herausforderungen zu diskutieren, wodurch es ihnen eher gelingt, gemeinsam Entscheidungen zu treffen, die Hausarbeit zu bewältigen und häusliche Gewalt zu reduzieren.

Geschlechterrollen zu verändern ist komplex, und es ist noch ein langer Weg bis zu einer gendergerechten Welt, die Ernährungssicherheit und Klimaresilienz fördert. Die Diskrepanz zwischen den derzeitigen Ungleichheiten und vollständiger Gendergerechtigkeit zeigt jedoch, wo Verbesserungen möglich sind. Es ist an der Zeit, dass wir uns alle für Gendergerechtigkeit einsetzen, um eine klimaresiliente Welt zu schaffen, in der das Recht auf Nahrung für alle Menschen verwirklicht ist, sodass sie ein gesundes, produktives Leben führen können.

Dieses Jahr freuen sich Concern Worldwide und die Welthungerhilfe, einen akademischen Partner, der den Index berechnen und weiterentwickeln wird, begrüßen zu dürfen: das Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), eine der führenden europäischen wissenschaftlichen Einrichtungen zur Erforschung humanitärer Krisen. Das IFHV verfügt über eine lange Forschungstradition im Bereich des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie über interdisziplinäres Fachwissen in den Bereichen Sozialwissenschaften, Geowissenschaften und öffentliche Gesundheit. Als zivilgesellschaftliche Akteure werden wir weiterhin mit Partnern und Expert*innen aus verschiedenen Bereichen zusammenarbeiten, um über den Hunger zu berichten und uns für die Ernährungssicherheit für alle einzusetzen.



Mathias Mogge
Generalsekretär und Vorstandsvorsitzender Welthungerhilfe



David Regan
Vorstandsvorsitzender Concern Worldwide

INHALT



ZUSAMMENFASSUNG	5
KAPITEL	
01 Globale, regionale und nationale Hungertrends	6
02 Gendergerechtigkeit, Klimaresilienz und Ernährungssicherheit	24
03 Handlungsempfehlungen	36
ANHANG	
A Methodik	39
B Zugrunde liegendes Datenmaterial der Welthunger-Index-Werte 2000, 2008, 2016 und 2024	43
C Welthunger-Index-Werte von 2000, 2008, 2016 und 2024 sowie Veränderungen gegenüber 2016	46
D Welthunger-Index-Werte 2024 der Länder nach Region	47
BIBLIOGRAFIE	51
QUELLEN ZU HUNGER UND FEHLERNÄHRUNG	58
PARTNER	60

ZUSAMMENFASSUNG

Die Aussichten für Zero Hunger sind düster

In den letzten zehn Jahren hat sich der weltweite Fortschritt bei der Reduzierung des Hungers besorgniserregend verlangsamt. Der Welthunger-Index (WHI) 2024 liegt bei 18,3, was als *mäßig* gilt und nur leicht unter dem Wert von 2016 (18,8) liegt. Dieser Wert verdeckt jedoch erhebliche regionale Unterschiede: In Afrika südlich der Sahara und in Südasien ist die Situation am schlimmsten und als *ernst* eingestuft. Der hohe WHI-Wert für Afrika südlich der Sahara ist auf die mit Abstand höchste Unterernährungs- und Kindersterblichkeitsrate aller Regionen zurückzuführen. In Südasien spiegelt die Einstufung als *ernst* die zunehmende Unterernährung und den anhaltend schlechten Ernährungszustand von Kindern wider, die auf die schlechte Qualität der Ernährung, wirtschaftliche Herausforderungen und die zunehmenden Auswirkungen von Naturkatastrophen zurückzuführen sind. Das Ziel, den Hunger bis 2030 zu beseitigen, scheint unerreichbar. Bei gleichbleibendem Tempo seit 2016 wird der globale WHI-Wert nicht einmal bis im Jahr 2160 – also in mehr als 130 Jahren – ein *niedriges* Niveau erreichen.

Hunger ist in 42 Ländern *ernst* oder *sehr ernst*

In Dutzenden von Ländern ist der Hunger nach wie vor zu hoch. Die WHI-Werte für 2024 und die vorläufigen Einstufungen zeigen, dass der Hunger in sechs Ländern als *sehr ernst* eingestuft wird: Burundi, Jemen, Madagaskar, Somalia, Südsudan und Tschad. In weiteren 36 Ländern wird der Hunger als *ernst* eingestuft. Darüber hinaus verschlechtert sich die Lage in vielen Ländern wieder: In 22 Ländern mit *mäßigen*, *ernsten* oder *sehr ernsten* WHI-Werten für 2024 hat der Hunger seit 2016 sogar zugenommen, und in 20 Ländern derselben Kategorien stagnieren die Fortschritte weitgehend – ihre WHI-Werte für 2024 sind im Vergleich zu denen für 2016 um weniger als 5 Prozent gesunken. Trotz der Krisen gibt es auch Hoffnung: Länder wie Bangladesch, Mosambik, Nepal, Somalia und Togo haben ihre WHI-Werte deutlich verbessert, auch wenn der Hunger dort weiterhin ein Problem bleibt.

Multiple Krisen erschweren die Hungerreduzierung

Die WHI-Ergebnisse 2024 spiegeln eine Reihe sich überschneidender Herausforderungen wider, die sich am stärksten auf die ärmsten Länder und Menschen in der Welt auswirken: schwere bewaffnete Konflikte, Klimaindikatoren, die alle Rekorde sprengen, hohe inländische Nahrungsmittelpreise, Marktstörungen, Wirtschaftsabschwünge und Schuldenkrisen in vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Infolge von Verfolgung, Konflikten, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen oder zivilen Unruhen sind mehr als

115 Millionen innerhalb oder außerhalb ihrer Heimatländer auf der Flucht, und viele weitere wurden durch wetterbedingte Katastrophen vertrieben. Die Kriege im Gazastreifen und im Sudan haben zu außergewöhnlichen Ernährungskrisen geführt. Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Ländern nehmen zu. Und obwohl die extreme Armut in Ländern mit mittlerem Einkommen zurückgegangen ist, ist die Einkommensungleichheit nach wie vor hoch. Die Armut in den ärmsten und in irgendeiner Form von staatlicher Fragilität, Konflikten oder Gewalt betroffenen Ländern ist immer noch schlimmer als vor der Pandemie.

Gendergerechtigkeit ist ein Eckpfeiler zur Erreichung von Klimaresilienz und Ernährungssicherheit

Genderungleichheit, Ernährungsunsicherheit und der Klimawandel setzen Haushalte, Gemeinschaften und Länder unter extremen Stress. Frauen und Mädchen sind in der Regel am stärksten von Ernährungsunsicherheit und Mangelernährung betroffen und leiden unverhältnismäßig stark unter den Auswirkungen von Wetterextremen und Klimanotfällen. Um diese Herausforderungen gerecht zu bewältigen, müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse, Verwundbarkeiten und Möglichkeiten von Menschen anerkannt, Ressourcen und Arbeit fair verteilt und Frauen in Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen beteiligt werden. Notwendig sind umfassende Reformen, die Gendergerechtigkeit auf allen Ebenen, von Individuen zu ganzen Systemen und von formellen bis zu informellen Normen, integrieren.

Vergangene Erfolge zeigen: Fortschritt ist möglich

Angesichts der Tatsache, dass die Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung für Milliarden von Menschen unerreichbar ist, muss die Welt dringend Maßnahmen ergreifen, um die alarmierenden Trends, die den Hunger anheizen, umzukehren und gerechte und resiliente Ernährungssysteme zu schaffen, selbst angesichts eines sich wandelnden Klimas und geopolitischer Turbulenzen. Die Fortschritte zwischen 2000 und 2016 zeigen, wie viel in nur anderthalb Jahrzehnten erreicht werden kann. In diesem Zeitraum sank der globale WHI-Wert um etwa ein Drittel, und die Einstufung von Hunger auf der Welt verringerte sich von *ernst* auf *mäßig*. Die Förderung der Gendergerechtigkeit leistet einen wichtigen Beitrag zu landwirtschaftlicher Produktion und Kinderernährung und kann ein wichtiges Mittel zur Hungerreduzierung sein. Um die bisherigen Erfolge der Hungerreduzierung zu sichern und das Recht auf Nahrung für alle zu gewährleisten, sind innovatives Denken und entschlossenes Handeln erforderlich, um Konflikte und Klimawandel zu bewältigen, die Regierungsführung zu verbessern und dauerhafte Lösungen zu finden.

01



Eine schwere Dürre, aufgrund von fünf ausgefallenen Regenzeiten, zerstört die Existenzgrundlage der Pastoralist*innen in der Borena-Zone der Region Oromia in Äthiopien. Eine Frau nimmt an einem Cash for Work-Programm teil, um einen gemeinschaftlichen Regenwasserspeicher für die Viehzucht und für die Bewässerung von Futterpflanzen zu installieren.

Globale, regionale und nationale Hungertrends

Anmerkung: Die Ergebnisse in diesem Bericht zum Welthunger-Index 2024 ersetzen alle früheren WHI-Ergebnisse. Die in diesem Bericht enthaltenen Werte und Indikatordaten aus den Jahren 2000, 2008 und 2016 sind derzeit die einzigen Daten, die für gültige Vergleiche des WHI im Zeitverlauf verwendet werden können.

Kernbotschaften

- Seit 2016 wurde der Hunger nur geringfügig reduziert, und die Aussichten, bis 2030 Zero Hunger zu erreichen, sind düster. Der Welthunger-Index für 2024 liegt bei 18,3, was als *mäßig* gilt und nur leicht unter dem Wert von 2016 (18,8) liegt.
- Die WHI-Ergebnisse für 2024 spiegeln vielfältige und sich überschneidende Herausforderungen wider, die die ärmsten Länder und Menschen am härtesten getroffen haben und die strukturellen Ungleichheiten verstärken. Zu diesen Herausforderungen gehören schwere bewaffnete Konflikte, immer schwerwiegendere Auswirkungen des Klimawandels, hohe inländische Lebensmittelpreise, Marktstörungen, hohe Schuldenlasten in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, Einkommensungleichheit und Wirtschaftsabschwünge.
- Konflikte haben die Gefahr von Hungersnöten erneut heraufbeschworen. Die Kriege im Gazastreifen und im Sudan haben zu schwerwiegenden Ernährungskrisen geführt. Und auch andernorts haben Konflikte und Unruhen Ernährungskrisen zur Folge, darunter in der Demokratischen Republik Kongo, Haiti, Mali und Syrien.
- Das Recht auf Nahrung ist weitgehend nicht verwirklicht und wird nicht durchgesetzt. Obwohl die internationale Gemeinschaft stetig die Bedeutung des Rechts auf angemessene Nahrung betont, besteht nach wie vor eine beunruhigende Diskrepanz zwischen den festgelegten Standards und der Realität, dass in vielen Teilen der Welt das Recht auf Nahrung eklatant missachtet wird.
- Inmitten von Krisen und besorgniserregenden Entwicklungen gibt es auch Beispiele für Fortschritt. Entgegen dem weltweiten Trend haben einige wenige Länder ihre WHI-Werte verbessert, auch wenn der Hunger in diesen Ländern nach wie vor zu groß ist.
- Durch diskriminierende Normen und geschlechtsspezifische Gewalt sind Frauen und Minderheiten in Bezug auf Sexualität und Geschlechtsidentität einem erhöhten Risiko der Ernährungsunsicherheit und Klimawandelbetroffenheit ausgesetzt. Bemühungen um mehr Gendergerechtigkeit versprechen eine verbesserte Ernährungssicherheit von Haushalten und Gemeinschaften sowie eine erhöhte Resilienz gegenüber dem Klimawandel.

Fortschritte bei der Reduzierung von Hunger sind unzureichend

In 6 Ländern wird der Hunger immer noch als *sehr ernst* und in 36 Ländern als *ernst* eingestuft.

22
In 22 Ländern mit *mäßigen, ernsten* oder *sehr ernsten* WHI-Werten für 2024 hat der Hunger seit 2016 zugenommen.

20
In 20 Ländern mit *mäßigen, ernsten* oder *sehr ernsten* WHI-Werten für 2024 sind die Fortschritte weitgehend zum Stillstand gekommen – ihre WHI-Werte für 2024 sind im Vergleich zu denen für 2016 um weniger als 5 Prozent gesunken oder haben sich nicht verändert.

5
In 5 Ländern mit *mäßigen, ernsten* oder *sehr ernsten* WHI-Werten für 2024 – Fidschi, Jordanien, Libyen, Syrien und Venezuela – sind die WHI-Werte für 2024 noch schlechter als die für 2000.

64
Mindestens 64 Länder werden beim derzeitigen Tempo bis 2030 keinen *niedrigen* Hunger – geschweige denn Zero Hunger – erreichen. Gehen die Fortschritte in dem seit 2016 beobachteten Tempo weiter, könnte *niedriger*



Hunger auf globaler Ebene erst im Jahr 2160 erreicht werden.

Bemerkenswerte Fortschritte sind beispielsweise in **Bangladesch, Mosambik, Nepal, Somalia** und **Togo** zu verzeichnen, auch wenn es noch Herausforderungen gibt.

Die Aussichten für das Ziel Zero Hunger werden immer düsterer

Der Welthunger-Index 2024 zeigt, dass die Welt noch weit davon entfernt ist, das für 2030 angestrebte Ziel Zero Hunger zu erreichen. Der globale WHI-Wert für 2024 liegt bei 18,3, was als *mäßig* gilt und nur knapp unter dem Wert von 2016 (18,8) liegt (Abbildung 1.1). Dieser Gesamtwert zeigt jedoch nicht die großen regionalen Unterschiede im Zusammenhang mit Hunger. Am schlimmsten ist die Situation in Afrika südlich der Sahara und in Südasien, wo der Hunger nach wie vor als *ernst* eingestuft wird. Die Fortschritte bei der Reduzierung von Hunger haben sich in den letzten zehn Jahren weltweit verlangsamt. Geht der Fortschritt in dem Tempo weiter, das seit 2016 zu beobachten ist, wird die Welt erst im Jahr 2160 – also in mehr als 130 Jahren – die Einstufung als *niedrig* erreichen.

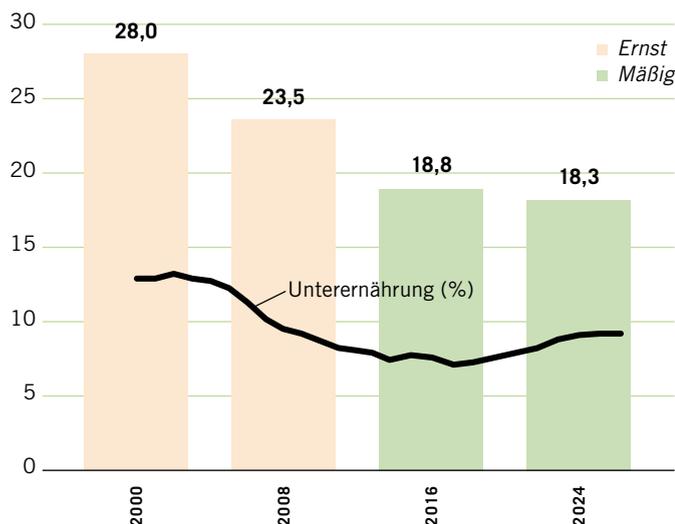
In sechs Ländern sind die Hungerwerte als *sehr ernst* einzustufen, was auf weitverbreitetes menschliches Leid hinweist. Somalia, Jemen, Tschad und Madagaskar sind die Länder mit den höchsten WHI-Werten für 2024. Burundi und der Südsudan werden ebenfalls vorläufig in die Kategorie *sehr ernst* eingestuft (Tabelle 1.1). Sowohl Somalia als auch der Tschad sind mit den sich gegenseitig

verstärkenden Auswirkungen von Konflikten, Klimawandel und Wirtschaftsabschwüngen konfrontiert. Der Jemen ist besonders von Konflikten und Klimaextremen betroffen, und Madagaskar steht vor extremen Herausforderungen durch den Klimawandel (FAO et al. 2024b).

Die Realisierung des Rechts auf angemessene Nahrung ist für Milliarden von Menschen unerreichbar (siehe Box 1.2). Weltweit sind 733 Millionen Menschen unterernährt, und der Anstieg der Lebensmittelpreise und die Lebenshaltungskostenkrise haben eine gesunde Ernährung für 2,8 Milliarden Menschen unerschwinglich gemacht (FAO et al. 2024a). Die Fortschritte bei der Verringerung aller vier WHI-Indikatoren – Unterernährung, Wachstumsverzögerung bei Kindern, Auszehrung bei Kindern und Kindersterblichkeit – bleiben hinter den international vereinbarten Zielen zurück. Schätzungen zufolge werden im Jahr 2030 immer noch 582 Millionen Menschen chronisch unterernährt sein, mehr als die Hälfte davon in Afrika. Diese Zahl ist vergleichbar mit der Zahl der unterernährten Bevölkerung im Jahr 2015 – dem Jahr, in dem sich die Welt verpflichtet hat, den Hunger bis 2030 zu beseitigen (FAO et al. 2024a). In zwei Dritteln aller Länder ist der Fortschritt bei der Verringerung der Unterernährung weitgehend zum Stillstand gekommen oder hat sich sogar umgekehrt. In Haiti, Jordanien, Kenia und Syrien ist die Unterernährung zwischen 2015–2017 und 2021–2023 um mehr als zehn Prozentpunkte gestiegen. Weltweit leiden 148 Millionen Kinder an Wachstumsverzögerung, 45 Millionen Kinder an Auszehrung, und fast 5 Millionen Kinder sterben vor dem fünften Lebensjahr (FAO et al. 2024a; UN IGME 2023). In 27 Ländern ist das Ausmaß der Wachstumsverzögerung von sehr hoher Relevanz für die öffentliche Gesundheit, wobei die Situation in Burundi, Jemen und Niger am schlimmsten ist (siehe Abbildung 1.4). In Afghanistan, Argentinien, der Mongolei, Niger und dem Jemen ist die Prävalenz von Wachstumsverzögerung in den letzten Jahren sogar um mindestens vier Prozentpunkte gestiegen. Auszehrung bei Kindern ist in Indien besonders hoch, und auch im Sudan und im Jemen ist das Niveau hoch und steigt.

In vielen Ländern und Regionen herrscht ein beispielloses Ausmaß an akuter Ernährungsunsicherheit, was sich fatal auf die dortige langfristige Entwicklung auswirken könnte. Im Jahr 2023 waren 281,6 Millionen Menschen in 59 Ländern und Regionen, für die ausreichende Daten vorliegen, von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen. Eine Zahl, die seit fünf Jahren in Folge ansteigt. Die akute Ernährungsunsicherheit hat sich verschärft, und in einer Reihe von Staaten und Regionen, darunter Gaza, Sudan, Haiti, Burkina Faso, Mali und Südsudan, nimmt die Zahl der von Hungersnot bedrohten Menschen zu (FSIN and GNAFC 2024; WFP and FAO 2024). Bis Dezember 2024 werden voraussichtlich 120–130 Millionen Menschen

ABBILDUNG 1.1 GLOBALE WHI-WERTE UND UNTERERNÄHRUNGSRATEN DER LETZTEN JAHRZEHNTE



Anmerkung: Die WHI-Werte werden auf Basis von vier Hungerindikatoren berechnet. Unterernährung – einer der vier Indikatoren – steht für den Anteil der Menschen, die ihren Kalorienbedarf nicht decken können. Die WHI-Werte für das Jahr 2000 umfassen Daten von 1998–2002; die WHI-Werte 2008 basieren auf Daten von 2006–2010; die WHI-Werte 2016 enthalten Daten von 2014–2018; und die WHI-Werte 2024 basieren auf Daten von 2019–2023. Die Daten zur Unterernährung stammen von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) (2024a). Die Unterernährungswerte beziehen sich auf die gesamte Welt, also sowohl auf Länder, die in den WHI einbezogen, als auch auf solche, die davon ausgenommen sind. Für eine vollständige Liste der für die Berechnung der WHI-Werte verwendeten Datenquellen siehe Anhang A.

BOX 1.1 DIE WELTHUNGER-INDEX-WERTE

Der Welthunger-Index (WHI) ist ein Instrument, mit dem die Hungersituation auf globaler, regionaler und nationaler Ebene umfassend erfasst und verfolgt wird. Die WHI-Werte basieren auf den Werten von vier Indikatoren:¹



Unterernährung: der Anteil der Bevölkerung, dessen Kalorienbedarf nicht gedeckt ist.



Auszehrung bei Kindern: der Anteil von Kindern unter fünf Jahren mit einem zu niedrigen Gewicht in Bezug auf die jeweilige Größe, ein Beleg für *akute* Unterernährung.



Wachstumsverzögerung bei Kindern: der Anteil von Kindern unter fünf Jahren mit einer zu geringen Größe in Bezug auf das jeweilige Alter, ein Beleg für *chronische* Unterernährung.



Kindersterblichkeit: der Anteil der Kinder, die vor ihrem fünften Geburtstag sterben, was zum Teil das fatale Zusammenwirken von mangelnder Nährstoffversorgung und einem ungesunden Umfeld widerspiegelt.

Diese vier Indikatoren werden auf folgende Weise zusammengefasst:



Basierend auf den Werten der vier Indikatoren bildet der WHI-Wert auf einer 100-Punkte-Skala die jeweilige Hungerlage ab, auf der 0 der beste Wert (kein Hunger) und 100 der schlechteste Wert ist.² Der WHI-Wert jedes Landes wird je nach Schweregrad von *niedrig* bis *gravierend* eingestuft.

¹ Jeder der Indikatoren ist standardisiert; siehe Anhang A für Einzelheiten.

² WHI-Werte lassen sich nur innerhalb desselben Jahresberichts vergleichen, nicht zwischen verschiedenen Berichten. Um die Nachverfolgung der Hungerentwicklung in einem Land oder einer Region über einen längeren Zeitraum hinweg zu ermöglichen, gibt dieser Bericht die WHI-Werte für 2000, 2008 und 2016 an, welche mit den WHI-Werten für 2024 verglichen werden können. Eine detaillierte Erläuterung des WHI-Konzepts, der Zeiträume und der Berechnung der Werte sowie der Interpretation der Ergebnisse findet sich in Anhang A.

in den vom Frühwarnsystem für Hungersnöte FEWS NET überwachten Ländern Nahrungsmittelhilfe benötigen (FEWS NET 2024c).

Inmitten von Krisen und besorgniserregenden Entwicklungen gibt es auch Beispiele für Fortschritt und Hoffnung. Entgegen dem globalen Trend haben Bangladesch, Mosambik, Nepal, Somalia und Togo ihre WHI-Werte um mehr als fünf Punkte im Vergleich zu 2016 gesenkt. In Mosambik und Nepal zeigen die WHI-Werte für 2024 eine Verbesserung von etwa 30 Prozent. Dennoch ist der Hunger in den meisten dieser Länder, insbesondere in Mosambik und Somalia, nach wie vor besorgniserregend.

Vielfältige Krisen befeuern den Hunger

Die WHI-Ergebnisse für 2024 zeigen eine Reihe aufeinanderfolgender und sich überschneidender Herausforderungen, die die ärmsten Länder und ärmsten Menschen der Welt am härtesten getroffen haben und die strukturellen Ungleichheiten noch verstärken. In den letzten zwei Jahren sind schwere bewaffnete Konflikte ausgebrochen (Davies et al. 2023; WEF 2024b), die Indikatoren für den Klimawandel brechen alle Rekorde, wobei 2023 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen war (WMO 2024), und Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen stehen vor einer düsteren wirtschaftlichen Lage, da Schulden ihre Investitionsfähigkeit in wichtige öffentliche Dienste einschränken (IPES-Food 2023; World Bank 2024a). Infolge von Verfolgung, Konflikt, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen oder ziviler

BOX 1.2 LANGSAME FORTSCHRITTE BEI DER REALISIERUNG DES RECHTS AUF ANGEMESSENE NAHRUNG

Im Jahr 1948 stimmten die Vereinten Nationen dafür, das Recht auf Nahrung als grundlegendes Menschenrecht anzuerkennen.³ Um die Implementierung des Rechts auf Nahrung zu fördern und dazu beizutragen, weitverbreitete Missverständnisse auszuräumen, heißt es in einem Kommentar des Ausschusses der Vereinten Nationen für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1999: „Das Recht auf angemessene Nahrung ist dann verwirklicht, wenn jeder Mann, jede Frau und jedes Kind, einzeln oder gemeinsam mit anderen, jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung hat“ (UNHCHR 1999). Als angemessene Nahrungsmittel gelten ausreichende, sichere, kulturell akzeptable und nachhaltig zugängliche Nahrungsmittel. Zudem werden drei staatliche Verpflichtungen genannt:

- 1. Achtungsprinzip:** Staaten dürfen bei denjenigen, die sich selbst ernähren können oder Zugang zu Nahrung haben, nicht in die Inanspruchnahme des Rechts auf Nahrung eingreifen.
- 2. Schutzprinzip:** Regierungen müssen sicherstellen, dass das Menschenrecht auf Nahrung nicht durch Handlungen Dritter, zum Beispiel privater Akteur*innen, verletzt wird.
- 3. Erfüllungsprinzip:** Staaten müssen das Recht auf Nahrung fördern, indem sie den Zugang der Menschen zu den Nahrungsressourcen und deren Nutzung stärken. Können Einzelpersonen oder Gruppen ihr Recht auf Nahrung aus Gründen, die sich ihrer Kontrolle entziehen, nicht wahrnehmen, sind die Staaten verpflichtet, dafür zu sorgen, indem sie zum Beispiel Nahrungsmittelhilfe bereitstellen oder universelle soziale Sicherung gewährleisten.

Um den Ländern einen Weg zur Verwirklichung dieses Rechts aufzuzeigen, hat eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe die Freiwilligen Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen

³ In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) von 1948 ist in Artikel 25 das Recht auf angemessene Nahrung zusammen mit anderen wirtschaftlichen und sozialen Rechten verankert, während der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 den Staaten entsprechende rechtliche Verpflichtungen auferlegt.

Verwirklichung des Rechts auf angemessene Nahrung im Rahmen der nationalen Ernährungssicherheit entwickelt. Die Verabschiedung der Leitlinien durch 187 Länder im November 2004 war ein Meilenstein (Elver 2023). In den letzten 20 Jahren haben diese Leitlinien zu Handlungsempfehlungen und Erklärungen zu verschiedenen Aspekten des Rechts auf Nahrung geführt – wie die Freiwilligen Leitlinien zur verantwortungsvollen Verwaltung von Grundbesitz, die UN-Erklärungen zu den Rechten indigener Völker und zu den Rechten von Bäuerinnen und Bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten. Diese werden von sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft genutzt, um Regierungen zu Fortschritten und Rechenschaftspflicht zu drängen.

Weitere Erklärungen haben die Verpflichtungen der Länder in Konfliktzeiten und über Grenzen hinweg festgelegt. Der UN-Sicherheitsrat hat beschlossen, dass Hunger nicht als Kriegswaffe eingesetzt werden darf. Die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht verpflichten die Staaten, die Zivilbevölkerung in Konflikten zu schützen und sicherzustellen, dass sie Zugang zu angemessener Nahrung hat (UN Security Council 2018). Die Länder haben ebenfalls eine extraterritoriale Verpflichtung sicherzustellen, dass ihre nationalen und internationalen Politiken und Maßnahmen – zum Beispiel in Bezug auf Handel, Investitionen, Energie, Landwirtschaft, Entwicklung und Klimawandel – die Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Nahrung, nicht beeinträchtigen (United Nations 2022).

Die Ergebnisse sind jedoch unzureichend. Bis Juni 2023 haben über 30 Länder das Recht auf Nahrung explizit (und 54 Länder implizit) in ihrer Verfassung anerkannt. Und selbst dort klafft noch eine erhebliche Lücke zwischen den entsprechenden Gesetzen und ihrer tatsächlichen Implementierung durch Politiken, Programme und Rechenschaftsmechanismen (Elver 2023). Trotz der wiederholten Betonung der Bedeutung des Rechts auf angemessene Nahrung durch die internationale Gemeinschaft besteht nach wie vor eine beunruhigende Diskrepanz zwischen den festgelegten Standards und dem Faktum, dass das Recht auf Nahrung in vielen Teilen der Welt eklatant missachtet wird.

Unruhen sind mehr als 115 Millionen innerhalb oder außerhalb ihrer Heimatländer auf der Flucht, und viele weitere wurden durch wetterbedingte Katastrophen vertrieben (IDMC 2024; UNHCR 2024b). Die Ungleichheit zwischen und innerhalb von Ländern nimmt zu (UNDP 2024), und während die extreme Armut in Ländern mit mittlerem Einkommen zurückgegangen ist, ist die Einkommensungleichheit nach wie vor hoch. Die Armut in den ärmsten Ländern und in Ländern, die in irgendeiner Form von staatlicher Fragilität, Konflikten oder Gewalt betroffen sind, ist immer noch schlimmer als vor der Pandemie (FAO et al. 2024a; Mahler et al. 2022; World Bank 2024b).

Hohe Lebensmittelpreise und Marktstörungen gefährden die Ernährungssicherheit vulnerabler Länder und Menschen. In Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen erhöht ein 5-prozentiger Anstieg der Lebensmittelpreise das Risiko für Auszehrung bei Kindern um 9 Prozent, während Nahrungsmittelinflation während der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr das Risiko für Wachstumsverzögerungen im Alter von 2–5 Jahren steigert (Headey and Ruel 2023). Nach den Rekordhöhen durch den russisch-ukrainischen Krieg liegen die globalen Lebensmittelpreise weiterhin über dem Niveau vor der Pandemie, und der Krieg beeinträchtigt

weiterhin die landwirtschaftliche Produktion, den Handel und die Ernährungssicherheit weltweit. Die jüngsten Unterbrechungen der Schifffahrt auf dem Roten Meer stellen weitere Risiken dar (Glauber 2024; Glauber and Mamun 2024a). Die globalen Reismärkte – insbesondere die Reis importierenden Länder in Afrika südlich der Sahara – spüren nach wie vor die Auswirkungen der indischen Exportbeschränkungen für Reis, die infolge des Produktionsrückgangs durch El Niño eingeführt wurden (Glauber and Mamun 2024b).

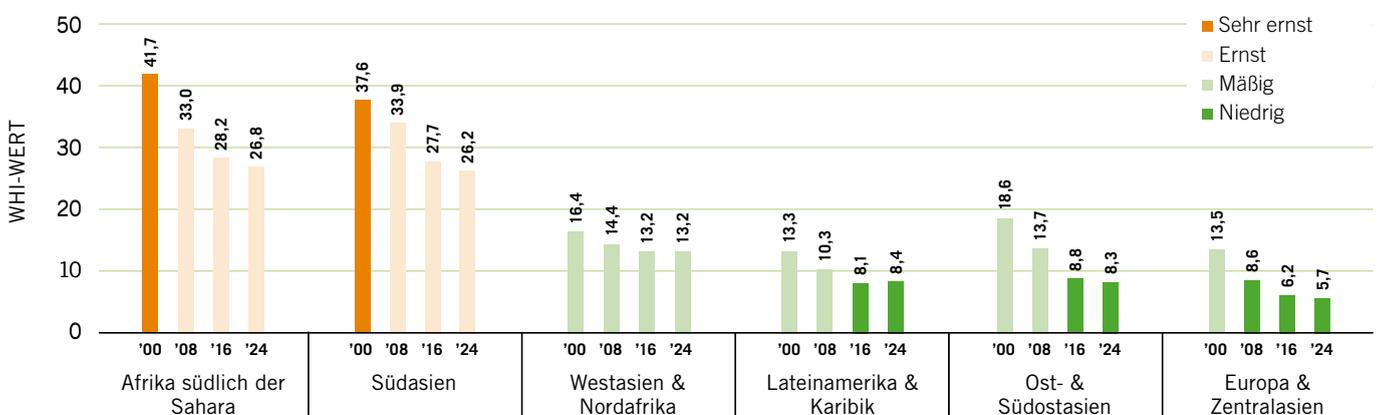
In den letzten zehn Jahren ist die Auslandsverschuldung in allen Regionen stetig gestiegen, und viele der ärmsten Länder kämpfen nun mit steigenden Schuldendienstzahlungen. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen gaben im Jahr 2022 die Rekordsumme von 443,5 Milliarden US-Dollar für den Schuldendienst ihrer öffentlichen und staatlich garantierten Auslandsschulden aus (World Bank 2023a), und sie zahlten 49 Milliarden US-Dollar mehr an ihre externen Gläubiger, als sie an neuen Auszahlungen erhielten, was zu einem Netto-Ressourcenabfluss führte (UNCTAD 2024). Dieser Anstieg der Schuldendienstzahlungen führt zu einer Verlagerung knapper Ressourcen weg von wichtigen öffentlichen Leistungen, einschließlich Ernährungsdiensten und Investitionen in Klimaresilienz und die Transformation der Ernährungssysteme (World Bank 2023a). Viele Länder, die mit Schulden zu kämpfen haben, sind zudem sehr anfällig für den Klimawandel, wodurch ein Teufelskreis entsteht, der eine wirksame Reaktion darauf erschwert (FAO et al. 2024a). Tatsächlich würden 47 Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen innerhalb der nächsten fünf Jahre an die Insolvenzgrenze bei Auslandsschulden stoßen, wenn sie die für die Erfüllung der Ziele der Agenda 2030

und des Pariser Klimaschutzübereinkommens erforderlichen Beträge investieren würden. Weiteren 19 Ländern fehlt es an Liquidität und fiskalischem Spielraum für Klima- und Entwicklungsinvestitionen (Zucker-Marques et al. 2024).

Konflikte haben erneut die Gefahr von Hungersnöten heraufbeschworen (de Waal 2024). Konflikte unterminieren das Recht auf Nahrung durch Zerstörung, Vertreibung und den Einsatz von Hunger als Waffe, was eine eklatante Verletzung des Rechts auf Nahrung darstellt (Kemmerling et al. 2021). Sie verschlimmern auch die geschlechtsspezifische Ernährungsunsicherheit und verstärken Ungleichheiten (HLPE 2023). Die Kampfhandlungen im Gazastreifen und im Sudan haben zu schwerwiegenden Ernährungskrisen geführt (FSIN and GNAFC 2024; WFP and FAO 2024). In Mali wurde in Ménaka, das von bewaffneten Gruppen belagert wurde, eine Hungerkatastrophe prognostiziert (FAO 2024b). Im östlichen Teil der Demokratischen Republik Kongo führt der zunehmende Konflikt zu einem Rekordniveau an geschlechtsspezifischer Gewalt, Vertreibung und Hunger. Derzeit sind mehr als 25 Millionen Menschen, das heißt ein Viertel der Bevölkerung, von einer akuten Ernährungskrise beziehungsweise -notlage betroffen (FSIN and GNAFC 2024; IASC 2024).

Klimawandel, extreme Wetterereignisse und Umweltzerstörung gefährden die wirtschaftlichen Aussichten und die vollständige Realisierung des Rechts auf Nahrung weiter (UNHCHR 2023; siehe Box 1.3). Hunderte der weltweit führenden Klimawissenschaftler*innen prognostizieren, dass die globalen Temperaturen in diesem Jahrhundert auf mindestens 2,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau

ABBILDUNG 1.2 REGIONALE WHI-WERTE 2000, 2008, 2016 UND 2024



Quelle: die Autor*innen.

Anmerkung: Für Datenquellen siehe Anhang A. Die regionalen und globalen WHI-Werte werden mittels regionaler und globaler aggregierter Werte für jeden Indikator und der in Anhang A beschriebenen Formel berechnet. Diese regionalen und globalen Gesamtwerte für jeden Indikator werden als bevölkerungsgewichtete Durchschnittswerte und unter Anwendung der in Anhang B aufgeführten Indikatorwerte errechnet. Bei Ländern, für die keine Daten zur Unterernährung vorliegen, wurden die Gesamtwerte anhand von Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ermittelt, die in Anhang B nicht aufgeführt sind. Für Angaben darüber, welche Länder die einzelnen Regionen umfassen, siehe Anhang D.

ansteigen werden, was die international vereinbarten Ziele überschreiten und katastrophale Folgen haben wird (Carrington 2024). Von 2008 bis 2018 verursachten Naturkatastrophen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen einen geschätzten Verlust von 108,5 Milliarden US-Dollar im Ackerbau und in der Viehzucht (UNHCHR 2024). Prognosen zeigen, dass die Weltwirtschaft in den nächsten 26 Jahren einen Einkommensrückgang von 19 Prozent erleiden wird, wovon Regionen mit geringeren historischen Emissionen und niedrigeren aktuellen Einkommen unverhältnismäßig stark betroffen sein werden (Kotz et al. 2024). Bis Mitte dieses Jahrhunderts könnten durch den Klimawandel zusätzlich 80 Millionen Menschen von Hunger bedroht sein, vor allem in Afrika südlich der Sahara, Südasien und Mittelamerika (IPCC 2022).

Bisherige Investitionen und Maßnahmen entsprechen weder dem Ausmaß des Problems noch den eingegangenen Verpflichtungen. Die Auswirkungen von Mangelernährung kosten die Weltwirtschaft jährlich 3,0–3,5 Billionen US-Dollar. Doch seit dem ersten Nutrition for Growth Summit (N4G) im Jahr 2012 ist die internationale Unterstützung für die grundlegende Ernährung gering und unregelmäßig geblieben (Generation Nutrition 2024). Im Jahr 2023 betrug die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der OECD nur 0,37 Prozent des Bruttonationaleinkommens – weit unter dem Ziel von 0,7 Prozent (OECD 2024). Afrika hat das Ziel des Umfassenden Programms zur Entwicklung der afrikanischen Landwirtschaft (CAADP) und der Erklärung von Malabo, mindestens 10 Prozent der nationalen Haushaltsausgaben für die Landwirtschaft aufzuwenden, nicht erreicht (Ulimwengu et al. 2023). Der Preisanstieg und der steigende Bedarf an humanitärer Hilfe haben die Finanzierungslücke bei der humanitären Hilfe vergrößert und zwingen die Hilfsorganisationen, lebensrettende Unterstützungen zu kürzen (UN OCHA 2024a, 2024b; VOICE 2024). Nur 4,3 Prozent der Klimafinanzierung sind für Agrar- und Ernährungssysteme bestimmt (Sutton et al. 2024), und nur 1,7 Prozent erreichen Kleinerzeuger*innen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen, die oft die Hauptlast des Klimawandels tragen (Chiriak and Naran 2020). Die Finanzierung zur Unterstützung von Klimastrategien, die Verluste und Schäden abwenden, ist unzureichend – allein die Klimaanpassung erfordert das 10- bis 18-Fache – und wird häufig in Form von Krediten gewährt, was die Schuldenlast erhöht und komplexe Bedingungen mit sich bringt (Kowalzig et al. 2024; Schalatek and Richards 2024; UNHCHR 2024).

Die treibenden Faktoren betreffen alle Regionen, sind aber in den verschiedenen Kontexten unterschiedlich ausgeprägt

Afrika südlich der Sahara

Afrika südlich der Sahara ist die Weltregion mit dem höchsten und besorgniserregendsten Hungerniveau. Obwohl sich die WHI-Werte der Region in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich verbessert haben, ist der Hunger nach wie vor *ernst* und die Fortschritte sind seit 2016 praktisch zum Stillstand gekommen (Abbildung 1.2). Der hohe WHI-Wert ist auf die mit Abstand höchste Unterernährungs- und Kindersterblichkeitsrate aller Regionen zurückzuführen. Die Unterernährung hat zwischen 2015 und 2023 stark zugenommen, insbesondere in West- und Zentralafrika. Gründe dafür sind wiederkehrende Konflikte, wirtschaftliche Herausforderungen wie Währungsabwertungen, steigende Inflation, stagnierende Produktion und Handelshemmnisse sowie die starke Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten (WFP 2024). Im Jahr 2022 waren 72 Prozent der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara nicht in der Lage, sich eine gesunde Ernährung zu leisten – die höchste Rate aller Weltregionen (FAO et al. 2024a). In fünf Ländern – alle in Afrika südlich der Sahara – stirbt mehr als eines von zehn Kindern vor seinem fünften Geburtstag. Die Region hat auch die höchste Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen in der Welt, die mehr als 40 Prozent der weltweiten Todesfälle bei Neugeborenen ausmacht (Zerfu 2024). Eine kürzlich durchgeführte Studie über 45 Länder in Afrika südlich der Sahara zeigt, dass das Wirtschaftswachstum zwar das Überleben von Kindern fördert, die Umweltzerstörung diese Fortschritte jedoch untergräbt (Fotio et al. 2024).

Der Klimawandel richtet auch in weiten Teilen Afrikas südlich der Sahara Verwüstungen an. Seit 1961 hat der Klimawandel das Wachstum der landwirtschaftlichen Produktivität in Afrika um 34 Prozent gesenkt (IPCC 2022). Das südliche Afrika wird derzeit von einer schweren Dürre heimgesucht, die in Teilen Sambias und Simbabwe als die schlimmste seit Beginn der Aufzeichnungen gilt und verheerende Auswirkungen auf die Bevölkerung hat, die weitgehend von Regenfeldbau und dürrerempfindlichen Wasserquellen abhängt (Kimutai et al. 2024). In Malawi könnte die schlimmste Dürreperiode seit einem Jahrhundert die Maisernte um 22,5 Prozent verringern. Die Regierung hat den Katastrophenzustand ausgerufen, da Mais das wichtigste Grundnahrungsmittel des Landes ist und von neun von zehn landwirtschaftlichen Haushalten produziert wird (De Weerd et al. 2024; Duchoslav et al. 2024). Seit Oktober 2020 sind weite Teile Ostafrikas mit der schlimmsten Dürre seit

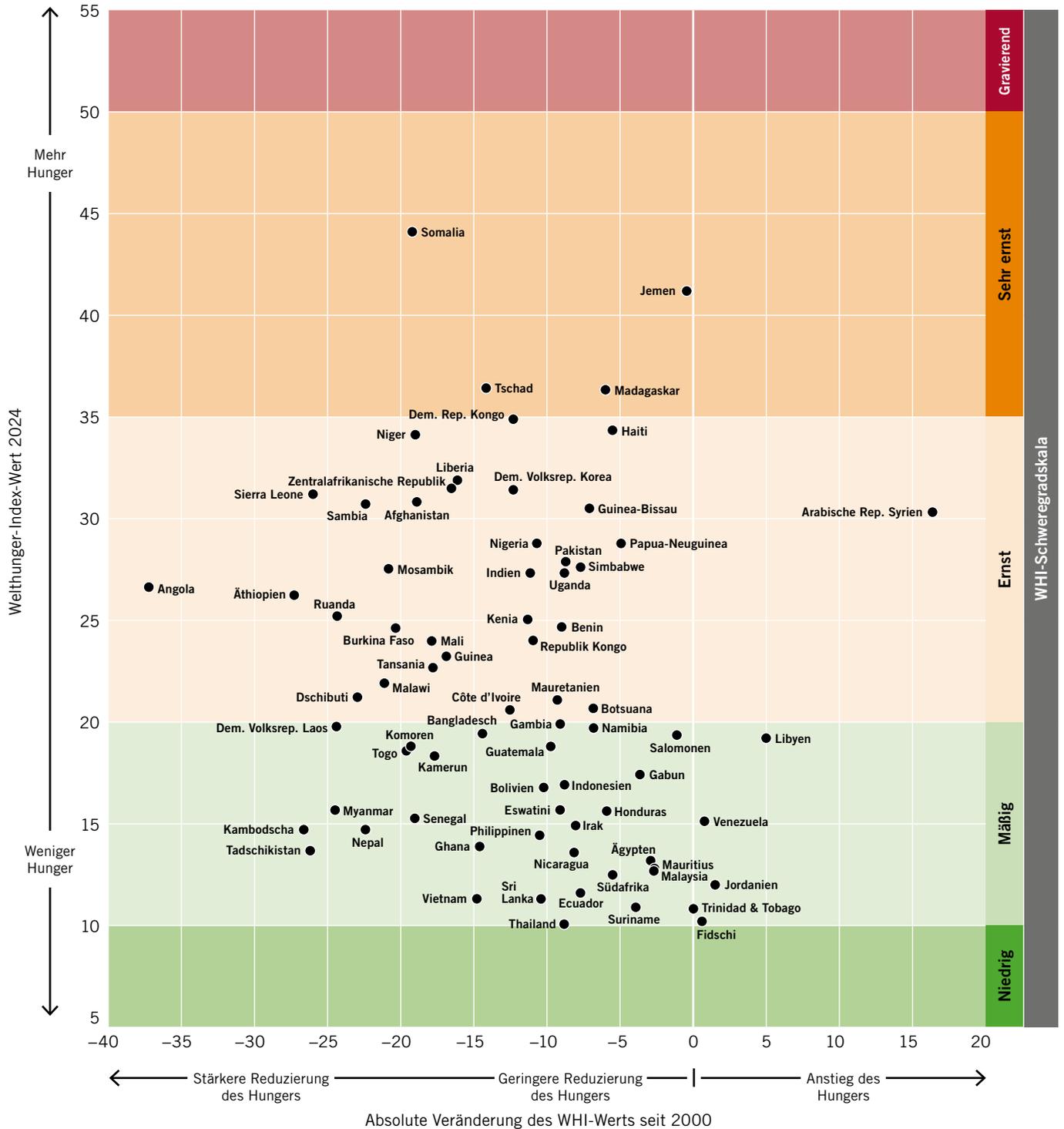
TABELLE 1.1 WHI-WERTE DER LÄNDER (AUFSTIEGEND NACH WHI-WERTEN 2024 SORTIERT)

Anmerkung: Die Rankings und Indexwerte dieser Tabelle können nicht mit Rankings und Indexwerten aus früheren Berichten verglichen werden (siehe Anhang A).

Rang ¹	Land	2000	2008	2016	2024	Rang ¹	Land	2000	2008	2016	2024
Länder mit einem WHI-Wert 2024 unter 5 belegen gemeinsam die Ränge 1–22. ²	Belarus	< 5	< 5	< 5	< 5	72	Senegal	34,3	22,1	16,1	15,3
	Bosnien und Herzegowina	9,4	6,4	< 5	< 5	73	Honduras	21,5	18,7	13,9	15,6
	Chile	< 5	< 5	< 5	< 5	74	Eswatini	24,8	24,9	19,6	15,7
	China	13,4	7,2	< 5	< 5	74	Myanmar	40,2	29,9	17,1	15,7
	Costa Rica	6,6	< 5	< 5	< 5	76	Bolivien (Plurinationaler Staat)	27,0	21,2	14,3	16,8
	Kroatien	5,5	< 5	< 5	< 5	77	Indonesien	25,7	28,2	18,3	16,9
	Estland	< 5	< 5	< 5	< 5	78	Gabun	21,0	19,2	16,7	17,4
	Georgien	12,0	6,6	5,4	< 5	79	Kamerun	36,0	29,0	20,8	18,3
	Ungarn	< 5	< 5	< 5	< 5	80	Togo	38,2	28,2	24,4	18,6
	Kuwait	< 5	< 5	< 5	< 5	81	Komoren	38,1	28,9	21,3	18,8
	Lettland	< 5	< 5	< 5	< 5	81	Guatemala	28,5	24,0	20,1	18,8
	Litauen	< 5	< 5	< 5	< 5	83	Libyen	14,2	12,9	19,3	19,2
	Montenegro	—	5,7	< 5	< 5	84	Bangladesch	33,8	30,6	24,7	19,4
	Nordmazedonien	7,6	5,3	5,1	< 5	84	Salomonen	20,4	18,2	21,7	19,4
	Rumänien	7,9	5,7	5,0	< 5	86	Namibia	26,5	27,5	20,6	19,7
	Russische Föderation	10,4	5,9	5,4	< 5	87	Laos, Dem. Volksrep.	44,2	30,3	21,2	19,8
	Serbien	—	5,9	< 5	< 5	88	Gambia	29,0	23,1	17,8	19,9
	Slowakei	6,0	< 5	< 5	< 5	89	Côte d'Ivoire	33,1	35,2	21,5	20,6
	Türkei	11,4	6,5	5,4	< 5	90	Botsuana	27,5	26,3	21,4	20,7
	Vereinigte Arabische Emirate	5,1	6,3	< 5	< 5	91	Mauretanien	30,4	18,8	22,3	21,1
Uruguay	7,6	5,3	< 5	< 5	92	Dschibuti	44,2	33,9	24,0	21,2	
Usbekistan	24,3	13,2	5,9	< 5	93	Malawi	43,0	28,1	22,8	21,9	
23	Armenien	19,2	11,7	6,4	5,1	94	Tansania, Vereinigte Republik	40,5	29,7	25,0	22,7
23	Bulgarien	8,9	7,8	7,5	5,1	95	Guinea	40,1	31,5	28,2	23,2
25	Kasachstan	11,2	11,1	5,6	5,3	96	Kongo, Republik	34,9	32,2	26,8	24,0
26	Moldau, Republik	17,6	14,7	6,1	5,6	96	Mali	41,9	31,8	24,7	24,0
26	Mongolei	29,7	16,7	7,5	5,6	98	Burkina Faso	44,9	33,7	25,6	24,6
28	Kolumbien	10,8	10,1	7,2	5,7	99	Benin	33,7	26,9	23,6	24,7
29	Tunesien	10,1	7,4	6,1	5,9	100	Kenia	36,3	29,0	24,0	25,0
30	Paraguay	11,5	7,5	5,0	6,0	101	Ruanda	49,6	36,4	28,6	25,2
31	Mexiko	10,1	9,7	6,6	6,1	102	Äthiopien	53,4	37,8	26,2	26,2
32	Aserbaidschan	25,0	15,0	8,1	6,2	103	Angola	63,8	42,7	25,9	26,6
33	Argentinien	6,6	5,4	5,2	6,6	104	Timor-Leste	—	44,8	29,4	27,0
33	Brasilien	11,7	6,7	5,5	6,6	105	Indien	38,4	35,2	29,3	27,3
35	Algerien	14,5	11,0	8,5	6,7	105	Uganda	36,1	28,5	30,3	27,3
36	Kirgisistan	17,2	12,9	8,6	6,8	107	Mosambik	48,3	35,6	38,5	27,5
37	Saudi-Arabien	12,7	10,8	9,4	6,9	108	Simbabwe	35,3	29,9	28,5	27,6
38	Iran, Islamische Republik	13,7	9,1	8,0	7,4	109	Pakistan	36,6	31,4	24,6	27,9
38	Peru	21,1	13,7	7,6	7,4	110	Nigeria	39,5	30,7	30,6	28,8
40	Jamaika	8,4	8,5	9,0	7,7	110	Papua-Neuguinea	33,7	32,8	30,0	28,8
41	Dominikanische Republik	15,0	13,8	8,3	7,8	110	Sudan	—	—	28,3	28,8
42	Albanien	16,0	15,5	6,2	7,9	113	Syrien, Arabische Rep.	13,9	16,9	25,9	30,3
43	El Salvador	14,5	11,7	9,4	8,0	114	Guinea-Bissau	37,6	29,6	30,2	30,5
43	Panama	18,7	12,7	8,1	8,0	115	Sambia	53,1	41,3	32,6	30,7
45	Libanon	10,2	9,1	7,5	8,1	116	Afghanistan	49,6	35,7	27,1	30,8
46	Ukraine	13,0	6,9	7,2	8,6	117	Sierra Leone	57,2	45,2	32,8	31,2
47	Guyana	17,0	14,9	10,7	9,1	118	Dem. Volksrep. Korea	43,7	30,5	26,2	31,4
48	Kap Verde	14,7	11,7	11,3	9,2	119	Zentralafrikanische Republik	48,0	43,5	32,6	31,5
48	Marokko	15,5	11,7	8,7	9,2	120	Liberia	48,0	36,6	32,3	31,9
50	Turkmenistan	20,2	14,4	10,5	9,5	121	Niger	53,1	39,6	32,8	34,1
51	Oman	15,2	11,5	11,9	9,9	122	Haiti	39,8	39,8	30,0	34,3
52	Thailand	18,9	12,2	9,5	10,1	123	Dem. Rep. Kongo	47,2	41,2	36,2	34,9
53	Fidschi	9,6	8,8	10,6	10,2	*	Lesotho	—	—	—	20–34,9*
54	Trinidad und Tobago	10,8	10,6	8,6	10,8	124	Madagaskar	42,3	36,6	33,2	36,3
55	Suriname	14,8	10,6	11,0	10,9	125	Tschad	50,5	44,8	38,8	36,4
56	Sri Lanka	21,7	17,6	15,0	11,3	126	Jemen	41,6	36,8	39,6	41,2
56	Vietnam	26,1	20,1	14,4	11,3	127	Somalia	63,3	59,0	49,8	44,1
58	Ecuador	19,3	17,8	11,8	11,6	*	Burundi und Südsudan	—	—	—	35–49,9*
59	Jordanien	10,5	7,5	7,8	12,0						
60	Südafrika	18,0	16,9	14,0	12,5						
61	Malaysia	15,4	13,7	13,4	12,7						
62	Mauritius	15,4	13,9	13,4	12,8						
63	Ägypten	16,1	16,8	15,4	13,2						
64	Nicaragua	21,7	17,1	14,0	13,6						
65	Tadschikistan	39,9	28,1	16,0	13,7						
66	Ghana	28,5	22,2	16,7	13,9						
67	Philippinen	24,9	18,9	17,9	14,4						
68	Kambodscha	41,3	24,9	18,9	14,7						
68	Nepal	37,1	29,2	21,2	14,7						
70	Irak	22,9	19,8	14,3	14,9						
71	Venezuela, Boliv. Republik	14,3	8,7	14,4	15,1						

■ = Niedrig ■ = Mäßig ■ = Ernst ■ = Sehr ernst ■ = Gravierend
 Anmerkung: Für den Welthunger-Index 2024 wurden Daten für 136 Länder ausgewertet. Für 127 davon waren ausreichend Daten vorhanden, um WHI-Werte für 2024 zu berechnen und sie im Ranking zu platzieren (zum Vergleich: Die Datenverfügbarkeit ermöglichte im WHI 2023 die Einstufung von 125 Ländern).
¹ Rangfolge gemäß WHI-Werten für 2024. Länder mit identischen WHI-Werten für 2024 erhalten dieselbe Platzierung (Armenien und Bulgarien belegen beispielsweise beide Rang 23).
² Die 22 Länder mit WHI-Werten für 2024 unter 5 werden nicht einzeln, sondern gemeinsam auf den Rängen 1 bis 22 platziert. Die Unterschiede zwischen ihren Werten sind minimal.
 — = Es liegen keine Daten vor. Einige Länder existierten in ihren heutigen Grenzen im gegebenen Jahr oder Bezugszeitraum noch nicht.
 * Für neun Länder konnten aufgrund unvollständiger Daten keine individuellen WHI-Werte berechnet und keine Ränge bestimmt werden. Wo möglich, wurden diese Länder vorläufig in die Kategorien der WHI-Schweregradskala eingestuft: ein Land in die Kategorie *ernst* und zwei Länder in die Kategorie *sehr ernst*. Für sechs Länder konnte keine vorläufige Einstufung vorgenommen werden (siehe Tabelle A.3 in Anhang A).

ABBILDUNG 1.3 WHI-WERTE FÜR 2024 UND DIE ENTWICKLUNG DER LÄNDER SEIT 2000



Quelle: die Autor*innen.

Anmerkung: In dieser Abbildung sind die Veränderungen der WHI-Werte seit 2000 in absoluten Zahlen dargestellt. Sie zeigt Länder, für die Daten zur Berechnung der WHI-Werte für 2000 und 2024 zur Verfügung standen und in denen die WHI-Werte 2024 auf eine mäßige, ernste, sehr ernste oder gravierende Hungersituation hinweisen. Einige Länder, in denen von einer schlechten Hungersituation auszugehen ist, erscheinen hier wegen fehlender Daten nicht.

40 Jahren konfrontiert, was zu Ernteausfällen, Viehverlusten, geringerer Oberflächenwasserverfügbarkeit und verschärften Konflikten geführt hat (Kimutai et al. 2023). In Äthiopien ist die Situation für die Pastoralist*innen besonders schwerwiegend, da sie aufgrund der Dürre in den Jahren 2020–2023 und aufgrund des Konflikts zwischen 2020 und 2022 nur über wenige Viehbestände und Einkommen schaffende Tätigkeiten verfügen (FEWS NET 2024b; FSIN and GNAFC 2024; United Nations–Ethiopia 2024).

Somalia ist mit einer langwierigen Hungerkrise konfrontiert, die durch anhaltende Konflikte, wirtschaftliche Herausforderungen und Klimaschocks befeuert wird, während der Staat nur begrenzt in der Lage ist, grundlegende Regierungsfunktionen auszuführen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung, 51,3 Prozent, bekommt nicht genügend Kalorien – der zweithöchste Wert aller Länder (Abbildung 1.4). Die Rate der Auszehrung bei Kindern und die Kindersterblichkeitsrate gehören ebenfalls zu den höchsten der Welt. Trotz erheblicher Fortschritte seit 2000 hält der Hunger weiter an. In den Jahren 2017, 2022 und 2023 waren einige Regionen und Bevölkerungsgruppen dem Risiko einer Hungersnot ausgesetzt. Während Regenfälle, humanitäre Hilfe und verbesserte Krisenreaktionskapazitäten die verheerenden Auswirkungen von sechs aufeinanderfolgenden schlechten Regenzeiten etwas abschwächten, führten unberechenbare Regenfälle zu Überschwemmungen, Vertreibung und Erntevernichtung (FSIN and GNAFC 2024; Humanitarian Outcomes 2023).

Der Sudan ist mit einer Hungerkrise konfrontiert, wie es sie seit der Darfur-Krise Anfang der 2000er-Jahre nicht mehr gegeben hat. Schon vor dem Ausbruch der Kämpfe im Jahr 2023 war der Sudan mit einer sehr hohen Unterernährung von Kindern und einer großen akuten Ernährungsunsicherheit konfrontiert. Der eskalierende Konflikt, die vorsätzliche Zerstörung des sudanesischen Ernährungssystems, die Beeinträchtigung der Bewältigungsmechanismen der Menschen und die aktive Verweigerung des Zugangs für humanitäre Hilfe haben das Land an den Rand einer Hungersnot getrieben (Hoffman 2024; IFPRI and WFP 2024). Im Juli 2024 wurde in Teilen von Nord-Darfur eine Hungersnot bestätigt (IPC 2024b). Das Land erlebt außerdem die größte und am schnellsten anschwellende Vertreibungskrise weltweit, was zu einer Eskalation der Bedarfe und zu Instabilität in den ressourcenbeschränkten Aufnahmegemeinden in den Nachbarländern, insbesondere im Tschad und im Südsudan, führt (WFP and FAO 2024). Im Südsudan befanden sich 2023 mehr als 60 Prozent der Bevölkerung in einer akuten Ernährungskrise, und mehr als 40.000 Menschen drohte eine Hungersnot (FSIN and GNAFC 2024).

„Es ist schwierig, meine Familie zu versorgen, weil der Ertrag aus meinem Land durch die Auswirkungen des Klimawandels sehr gering ist. Ich nutze die Hälfte meines Landes für die Ernte, aber das reicht nicht aus, um meine Familie zu ernähren. Deshalb bereite ich Tella [einheimisches Getränk] zu und verrichte Tagesjobs, um so die Nahrungslücken meiner Familie zu schließen.“

—Dinbulo Dessie (32 Jahre), alleinstehende vierfache Mutter, Äthiopien

„Ich habe das Land gepachtet, und wir bauen Maniok, Bohnen und Mais an. Ich teile die Ernte in zwei Teile – einer ist für die Ernährung meiner Familie gedacht, den anderen Teil verkaufe ich normalerweise. Ich habe vor, mir eigenes Land zu kaufen, damit ich meinen landwirtschaftlichen Betrieb weiterführen kann.“

—Jacqueline Bacamugwanko (40 Jahre), vierfache Mutter, Burundi

Südasien

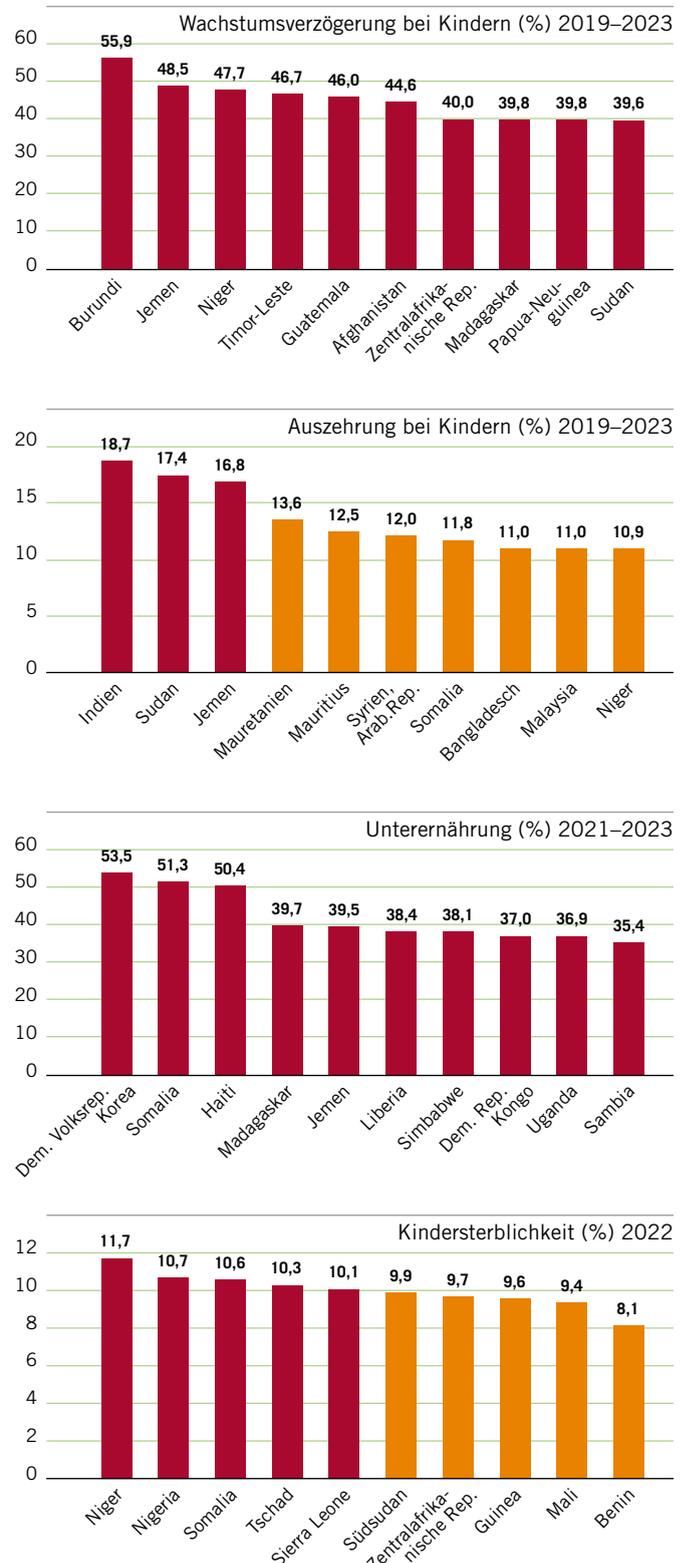
In Südasien ist der Hunger nach wie vor ernst und spiegelt die zunehmende Unterernährung und den anhaltend schlechten Ernährungszustand von Kindern wider. Zurückzuführen sind jene auf die schlechte Qualität der Ernährung, wirtschaftliche Herausforderungen und die zunehmenden Auswirkungen von Naturkatastrophen. Mit 281 Millionen unterernährten Menschen entfallen auf Südasien fast 40 Prozent der weltweiten Gesamtzahl (FAO et al. 2024a), und die Region weist von allen im WHI beleuchteten die höchste Rate an Auszehrung bei Kindern auf. Die schlechte Qualität der Ernährung in Südasien führt zu anhaltender Unterernährung und Mikronährstoffmangel sowie zur Zunahme von Übergewicht, Fettleibigkeit und damit verbundenen nicht übertragbaren Krankheiten. In den südasiatischen Ländern gibt es zwar umfangreiche Sicherheitsnetzprogramme für Nahrungsmittel, doch jene geben häufig Grundnahrungsmitteln den Vorrang vor einer abwechslungsreichen Ernährung, was eine langfristige Verbesserung der Gesundheit behindert (IFPRI 2024). Trotz eines gewissen Wirtschaftswachstums in vielen südasiatischen Ländern ist der Nutzen ungleichmäßig

verteilt, sodass viele von ihnen unter niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit leiden. Rasche Urbanisierung, Klimawandel und Naturkatastrophen belasten die öffentlichen und natürlichen Ressourcen weiter (ESCAP 2020).

Die WHI-Werte Afghanistans, Indiens und Pakistans zeigen alle ein ernstes Ausmaß an Hunger. In Afghanistan hat sich die Ernährungssicherheit aufgrund von Konflikten, wirtschaftlicher Instabilität und Katastrophen, die Landwirtschaft und Hilfe stören, verschlechtert (IPC 2024d). Seit 2016 ist der WHI-Wert des Landes gestiegen, vor allem aufgrund zunehmender Unterernährung, wobei es den stärksten Anstieg aller Länder (neben Niger) bei Wachstumsverzögerungen von Kindern verzeichnet hat. Haushalte, die von Konflikten und anderen Schocks betroffen sind, sind gezwungen, auf extreme Bewältigungsstrategien zurückzugreifen, um mit den Nahrungsdefiziten umzugehen (Ahmadzai and Morrissey 2024). In Indien ist der WHI-Wert seit 2000 gesunken, doch Auszehrung und Wachstumsverzögerungen bei Kindern bleiben sehr hoch (siehe Anhang B). Kinderunterernährung geht dort oft mit dem schlechten Ernährungszustand der Mütter einher, was auf ein generationenübergreifendes Muster hinweist und die Bedeutung von Müttergesundheit und -ernährung sowie Säuglingsernährung unterstreicht. In Pakistan verschärfen hohe Inflation, Haushaltsdefizite und häufige Naturkatastrophen die Nahrungsmittelknappheit (World Bank 2024c). Im Jahr 2022 führten extreme Regenfälle zu beispiellosen Überschwemmungen und einer schweren Ernährungskrise, die auf den Klimawandel zurückgeführt wird (Otto et al. 2023a).

In den letzten zwei Jahrzehnten konnte Nepal die Prävalenz von Wachstumsverzögerung bei Kindern so schnell wie kaum ein anderes Land weltweit reduzieren, obwohl chronische Unterernährung nach wie vor ein großes Problem für die öffentliche Gesundheit darstellt. Trotz wirtschaftlicher und politischer Instabilität hat Nepal diese Verbesserungen im Bereich der Ernährung vor allem dadurch erreicht, dass es die Versorgung mit Gesundheits- und Ernährungsleistungen ausgeweitet und den Wohlstand der Haushalte, die Bildung von Eltern und die Sanitärversorgung verbessert hat. Mit seinen Multisektoralen Ernährungsplänen verfolgte es einen sektor- und akteursübergreifenden Ansatz, der eine entscheidende Rolle für diesen Erfolg spielte (Chitekwe et al. 2022; Hanley-Cook et al. 2022). Im Jahr 2015 hat Nepal das Recht auf Nahrung in seiner Verfassung verankert. Um die Implementierung der Verfassungsbestimmung voranzutreiben, hat es 2018 das Gesetz über das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität sowie 2024 eine entsprechende Verordnung verabschiedet.

ABBILDUNG 1.4 **WO DIE HUNGERINDIKATOREN AM HÖCHSTEN SIND**



Quelle: die Autor*innen (für Datenquellen siehe Anhang A). ■ Sehr hoch ■ Hoch

Lateinamerika und Karibik

Obwohl der Hunger in Lateinamerika und der Karibik als *niedrig* eingestuft wird, ist es die einzige Region, in der sich der Hunger seit 2016 verschlimmert hat. Dies ist auf die wachsende Lebensmittelpreisinflation und steigende Preise für Düngemittel, die zunehmende Verschuldung und die sich verschlechternden Kreditbedingungen zurückzuführen, die strukturelle Ungleichheiten und extreme Armut verstärken (ECLAC 2022). Die Region sieht sich mit einer Zunahme von Unterernährung und Wachstumsverzögerung bei Kindern, einer stagnierenden Auszehrungsrate bei Kindern sowie mit einem unterdurchschnittlichen Rückgang der Kindersterblichkeit konfrontiert. Während die meisten Menschen in der Region ausreichend Kalorien zu sich nehmen, ist die Qualität der Ernährung schlecht, und mehr als die Hälfte der Länder weist ein mittleres bis sehr hohes Maß an chronischer Unterernährung auf. Lateinamerika und die Karibik sind die einzige Region, in der Wachstumsverzögerung seit 2016 zugenommen hat, wobei die größten Zuwächse in Argentinien, Panama, Guatemala und Mexiko zu verzeichnen sind. In Guatemala hat die Wachstumsverzögerungsrate einen erschreckenden Wert von 46 Prozent erreicht. Darüber hinaus ist die Region mit einer dreifachen Belastung der Fehlernährung – Unterernährung, Übergewicht und Fettleibigkeit sowie Mikronährstoffmangel – konfrontiert, was zu schweren ernährungsbedingten Gesundheitsproblemen führt (Morris et al. 2020). Die Kosten für eine gesunde Ernährung sind in Lateinamerika und der Karibik am höchsten (FAO et al. 2024a). Viele Länder sind aufgrund ihrer Abhängigkeit von Agrar- und Düngemittelimporten anfällig für Preissteigerungen, was die Ungleichheiten weiter verschärft. Die steigende Inflation, insbesondere die Lebensmittelinflation, wirkt sich unverhältnismäßig stark auf einkommensschwache Haushalte aus, die einen großen Teil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben (ECLAC 2022). Die schwerwiegende Dürre im Amazonasbecken seit Mitte 2023 wurde weitgehend durch den Klimawandel verursacht und durch die weitverbreitete Abholzung und ökologische Zerstörung, auch für die Viehzucht, verschärft (Clarke et al. 2024; Watts 2023).

Der Hunger in Haiti nimmt dramatisch zu, da das Land einer Reihe von Schocks ausgesetzt ist, wie zum Beispiel unberechenbaren Regenfällen, galoppierender Inflation und politischen Unruhen, die Bandengewalt und Binnenvertreibung angeheizt haben (FSIN and GNAFC 2024). Haiti gehört zu den Ländern mit dem höchsten Anstieg der WHI-Werte seit 2016, was vor allem auf die zunehmende Unterernährung zurückzuführen ist. Es wurde prognostiziert, dass zwischen März und Juni 2024 etwa 5 Millionen Menschen – fast die Hälfte der Bevölkerung des Landes – von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sein werden (FSIN and GNAFC

2024). Die Gewalt der Banden in Port-au-Prince und zunehmend auch außerhalb der Hauptstadt beeinträchtigt die Existenzgrundlagen und Märkte und treibt die Preise in die Höhe, insbesondere in Cité Soleil. Bandengewalt und Unsicherheit erschweren den Zugang zu grundlegenden Gesundheits-, Ernährungs-, Wasser-, Sanitär- und Hygieneleistungen. Banden begehen schwere Übergriffe gegen die Bevölkerung, einschließlich massiver sexualisierter Gewalt, und zwingen ganze Gemeinden, in sicherere Gebiete zu ziehen (UN OCHA 2023).

Westasien und Nordafrika

Der WHI-Wert von Westasien und Nordafrika, der als *mäßig* eingestuft wird, stagniert, was die sich überschneidenden Auswirkungen von Konflikten, Klimawandel und Handelsschocks widerspiegelt. Die starke Abhängigkeit der Region von Lebensmittelimporten hat sie besonders anfällig für die jüngsten globalen und regionalen Handelsschocks gemacht, die zu einer galoppierenden Inflation geführt, die einheimischen Ernährungssysteme gestört und eine nahrhafte Ernährung weniger zugänglich und bezahlbar gemacht haben. Politische Instabilität, Fragilität, Naturkatastrophen und anhaltende Konflikte tragen zu großen Flüchtlingszahlen und allgemeiner Ernährungsunsicherheit bei. Bis Ende 2024 werden in der Region voraussichtlich 15,8 Millionen Menschen vertrieben und staatenlos sein (UNHCR 2024a). Darüber hinaus stellt die hohe Vulnerabilität gegenüber dem Klimawandel und der Wasserknappheit eine langfristige

„Frauen bringen heutzutage das Essen auf den Tisch. Sie werden von den Männern in der Familie und in der Gemeinschaft mehr respektiert. Bei weniger Stress um Lebensmittel und Geld gibt es auch weniger Streit und körperliche Gewalt zu Hause.“

—Angelina Nyawway Gai, Leiterin einer gemischtgeschlechtlichen Landwirt*innengruppe, Südsudan

„Ich werde alles tun, um mein Ziel zu erreichen. Auch wenn ich eine Frau bin und nichts erbe, kann ich trotzdem selbst Eigentum erwerben. Ich werde den Ackerbau und die Tierhaltung nicht aufgeben, weil man sich durch diese Arbeit auch weiterentwickeln kann.“

—Florence (28 Jahre), alleinstehende Mutter, Madagaskar

„Ich baue für meine Kinder an. Es ist ein Erbe, das ich an meine Kinder weitergeben möchte – an meinen dreijährigen Sohn Fawaz und meine sieben Monate alte Tochter Ella. Neben ihrer Ausbildung möchte ich, dass meine Kinder ein gesundes Leben führen, sich selbst versorgen können und Bioprodukte bekommen. Mir sind ihre Gesundheit und Möglichkeiten wichtig.“

—Evin Juno Badal (23 Jahre), zweifache Mutter, Irak

*„Nach den Regenfällen war es unmöglich, den Lebensunterhalt zu verdienen. Wir konnten in der ganzen Saison nichts anbauen, da alles überschwemmt war und es kein bebaubares Land gab. Die Arbeiter*innen fanden nirgends Arbeit.“*

—Maula Dino (42 Jahre), sechsfacher Vater, Pakistan

Bedrohung für die Ernährungssicherheit in der Region dar (IFPRI 2024). Die schwere dreijährige Dürre, die Westasien ab 2020 heimsuchte, war auf den Klimawandel zurückzuführen und wurde durch sozioökonomische Stressfaktoren verstärkt, die den Ackerbau und den Zugang zu Trinkwasser stark beeinträchtigten (Otto et al. 2023b).

Im Jemen stagniert das Hungerniveau seit zwei Jahrzehnten, und in Syrien ist der WHI-Wert seit 2000 am stärksten gestiegen (Abbildung 1.3), was die verheerenden Auswirkungen von Konflikten zeigt. Im Jemen haben die konfliktbedingte wirtschaftliche Isolation und die schwerwiegende Knappheit der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Treibstoff und Medikamenten katastrophale Auswirkungen auf die allgemeine Unterernährung und den Ernährungszustand von Kindern nach sich gezogen. Unterernährung ist zwischen 2000–2002 und 2021–2023 um mehr als 15 Prozentpunkte gestiegen. Nahezu die Hälfte der jemenitischen Kinder (48,5 Prozent) ist wachstumsverzögert, und 16,8 Prozent der Kinder sind ausgezehrt. Im Jahr 2023 waren 18 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, von einer akuten Ernährungs Krise betroffen (FSIN and GNAFC 2024). In Syrien hat der anhaltende Konflikt in Verbindung mit den zunehmenden Auswirkungen von Naturkatastrophen dazu geführt, dass fast 13 Millionen Menschen von einer akuten Ernährungsunsicherheit betroffen sind (FSIN and GNAFC 2024). Die Unterernährung, die derzeit bei 34,0 Prozent liegt, ist zwischen 2015–2017 und

2021–2023 um mehr als 20 Prozentpunkte gestiegen. Der seit mehr als einem Jahrzehnt andauernde Konflikt hat den Ackerbau und die Wertschöpfungsketten im Lebensmittelbereich schwer gestört. Viele Landwirt*innen sind nicht in der Lage, ihr gesamtes Land zu bewirtschaften, weil sie nur begrenzten Zugang haben, ihnen keine oder nur zu teure Betriebsmittel zur Verfügung stehen und ihnen die finanziellen Mittel fehlen. Viele Haushalte sind gezwungen, außerhalb des landwirtschaftlichen Betriebs eine Beschäftigung zu Niedriglöhnen zu suchen, die ihren Bedarf kaum deckt (Ibrahim et al. 2024).

Der Gazastreifen erlebt die schwerste in den letzten 20 Jahren aufgezeichnete Ernährungs Krise, da fast die gesamte Bevölkerung mit einer akuten Ernährungsunsicherheit konfrontiert ist und möglicherweise bereits eine Hungersnot eingetreten ist (FEWS NET 2024d; FSIN and GNAFC 2024). Trotz leichter Verbesserungen im nördlichen Gouvernorat aufgrund verstärkter Lebensmittellieferungen und Ernährungsleistungen im März und April zeigen jüngste Bewertungen, dass 96 Prozent der Bevölkerung von einer krisenhaften Ernährungsunsicherheit betroffen sind und das Risiko einer Hungersnot im gesamten Gazastreifen weiterhin hoch ist, was auf die anhaltenden Kampfhandlungen und viele Monate andauernde schlechte Ernährungs- und Gesundheitssituation sowie die unzureichende Wasser-, Sanitär-, und Hygieneversorgung zurückzuführen ist (IPC 2024a, c). Der Konflikt hat zu einer immensen Zahl von Todesopfern, weitreichenden Zerstörungen und massiven Vertreibungen geführt, die durch strenge Beschränkungen für Handelsgüter und humanitäre Hilfe noch verschärft wurden (WFP and FAO 2024). Das Ernährungssystem und die landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten sind fast vollständig zusammengebrochen, mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen und viele Verarbeitungsanlagen wurden zerstört. Seit dem 7. Oktober 2023 sind etwa 70 Prozent des Viehbestands verloren gegangen, und die Fischerei wurde aufgrund von beschädigten Booten, Treibstoffmangel und Sicherheitsproblemen weitgehend eingestellt (IPC 2024a; FAO 2024c). Die Umweltauswirkungen und die Schädigung der landwirtschaftlichen Flächen werden wahrscheinlich dauerhafte Folgen für die Gesundheit und die Existenzgrundlage der Menschen im Gazastreifen haben (Vos and Kim 2024; UNEP 2024). Nach Angaben des Minenräumdienstes der Vereinten Nationen könnte es bis zu 14 Jahre dauern, bis alle explosiven Gefahrstoffe im Gazastreifen beseitigt sind (FAO 2024c).

Ost- und Südostasien

Ost- und Südostasien weisen ein insgesamt niedriges Hungerniveau auf, auch wenn der Fortschritt stagniert und massive Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern herrschen. In Südostasien

liegt die Erschwinglichkeit einer gesunden Ernährung trotz des Wirtschaftswachstums in der Region hinter dem Weltdurchschnitt zurück (FAO et al. 2024a). Ostasien verfügt im Allgemeinen über eine stabile Ernährungssicherheit, obwohl einige der einkommensstärksten Länder auf Lebensmittelimporte und internationale Lieferketten angewiesen sind (Agroberichten Buitenland 2022; Hong 2023). In Indonesien, der Demokratischen Volksrepublik Laos, der Mongolei, Myanmar und Timor-Leste gingen die WHI-Werte bis 2016 deutlich zurück, doch seither sind die Fortschritte fast zum Stillstand gekommen. Der Hunger hat sich in der Demokratischen Volksrepublik Korea stark verschlimmert, mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist unterernährt. Einige Länder in der Region – insbesondere die Philippinen, Indonesien, Myanmar und China – sind in hohem Maße Naturgefahren ausgesetzt und besitzen nur eine geringe Bewältigungskapazität. Vietnam und Papua-Neuguinea gehören zu den am stärksten gefährdeten Ländern (Bündnis Entwicklung Hilft and IFHV 2023).

Die Mongolei hat ihren WHI-Wert seit dem Jahr 2000 um mehr als 80 Prozent reduziert und ist damit von einem *ersten* zu einem *niedrigen* Hungerniveau übergegangen, was mit einem Rückgang der Armut, einem stetigen Anstieg des BIP und einer stärkeren Nutzung sanitärer Einrichtungen korreliert (World Bank 2024d). Dennoch gibt es nach wie vor einen Ernährungs- und Nährstoffmangel, was sich in der kürzlichen Zunahme der Wachstumsverzögerung bei Kindern zeigt. Weniger als die Hälfte der Kinder zwischen 6 und 23 Monaten erhalten ein ausreichendes Minimum an Ernährung (Bromage et al. 2020; Janmohamed et al. 2020). Die Abhängigkeit der Mongolei von Viehzucht und Regenfeldbau in Verbindung mit empfindlichen Ökosystemen macht das Land auch anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels (Dagys et al. 2023).

Europa und Zentralasien

Trotz der jüngsten Herausforderungen ist die Region Europa und Zentralasien größtenteils auf dem richtigen Weg, um *niedrigen* Hunger bis 2030 zu erreichen. Der regionale WHI-Wert wies zwischen 2000 und 2016 einen bemerkenswerten Fortschritt auf, der jedoch seit 2016 weitgehend zum Stillstand gekommen ist, wenn auch auf *niedrigem* Niveau. Die Verringerung hängt mit Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität zusammen, die durch Wirtschafts- und Einkommenszuwächse vorangetrieben werden, sowie mit einer allgemeinen Verbesserung der Verfügbarkeit und Stabilität von und des Zugangs zu Nahrungsmitteln (Dupouy and Gurinovic 2020; FAO 2019). Turkmenistan und Tadschikistan weisen die höchsten WHI-Werte auf, obwohl Tadschikistan dank des raschen Wirtschaftswachstums, das durch Rücküberweisungen und die Landwirtschaft angetrieben wird, bemerkenswerte Fortschritte

gemacht hat. Der Klimawandel stellt jedoch ein erhebliches Hindernis für die Ziele Tadschikistans im Bereich der Ernährungssicherheit dar (Khakimov et al. 2024). Umgekehrt haben sich die WHI-Werte in der Ukraine und Albanien leicht erhöht. Die Prävalenz der Unterernährung ist in der Ukraine gestiegen, während Albanien Wert von einem sich offenbar verschlechternden Kinderernährungszustand beeinflusst wird. Besorgniserregend ist, dass die moderate und schwere Ernährungsunsicherheit in den letzten Jahren zugenommen hat (FAO et al. 2024a). Die Region stand im Zusammenhang mit COVID-19, Unwetterereignissen und dem russisch-ukrainischen Krieg vor großen Herausforderungen, die zu Vertreibungen, einem Anstieg der Lebensmittel-, Energie- und Agrarkosten und einem Rückgang der Kaufkraft geführt haben. Trotz der wirtschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaft wird in fast allen Ländern der Region zu wenig in den Sektor investiert (FAO 2023a).

Fazit: Beschleunigte Maßnahmen sind erforderlich, um das Ziel Zero Hunger zu erreichen

Die bedeutenden Fortschritte bei der Reduzierung von Hunger zwischen 2000 und 2016 zeigen, wie viel in nur anderthalb Jahrzehnten erreicht werden kann. In diesem Zeitraum sank der globale WHI-Wert um etwa ein Drittel, und der Hunger auf der Welt reduzierte sich von *ernst* auf *mäßig*. Seitdem stagnieren die Fortschritte der Hungerreduzierung in der Welt insgesamt und in vielen Ländern im Besonderen. In einigen Ländern haben sie sich sogar umgekehrt – und das trotz des sich abzeichnenden Fristablaufs bis 2030 zur Erreichung des Ziels Zero Hunger.

Es wird immer dringender, dass die Welt die besorgniserregenden Entwicklungen, die den Hunger in die Höhe treiben, umkehrt und die Fortschritte bei der Gestaltung gerechter, nahrhafter und resilienterer Ernährungssysteme beschleunigt, selbst im Kontext eines sich verändernden Klimas und turbulenter geopolitischer Entwicklungen. Die Förderung der Gendergerechtigkeit – mit ihrem Nutzen für die landwirtschaftliche Produktion, die Ernährungssicherheit und die Ernährung von Kindern – kann ein wichtiges Instrument zur Reduzierung von Hunger sein. Um die bereits erzielten Erfolge zu wahren, Fortschritte bei der Beseitigung von Hunger zu erzielen und das Recht auf Nahrung für alle zu gewährleisten, sind sowohl innovatives Denken als auch entschlossenes Handeln erforderlich, damit die Herausforderungen durch Konflikte und Klimawandel bewältigt, die Regierungsführung verbessert und dauerhafte Lösungen für die vor uns liegenden Krisen gefunden werden können.

BOX 1.3 ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN GENDERUNGLEICHHEIT, KLIMAWANDEL UND HUNGER VERSTEHEN

Diskriminierende Normen und geschlechtsspezifische Gewalt setzen Frauen sowie sexuelle und geschlechtsspezifische Minderheiten häufig einem erhöhten Risiko von Ernährungsunsicherheit und Klimawandelfolgen aus und beeinträchtigen ihre Bewältigungsmöglichkeiten (siehe Kapitel 2, „Gendergerechtigkeit, Klimaresilienz und Ernährungssicherheit“). Die im diesjährigen Welthunger-Index aufgezeigten Muster nationaler und regionaler Ernährungsunsicherheit spiegeln dieses Zusammenspiel von Faktoren wider, die zusammengekommen Wirkungen haben, die nicht nur die Frauen allein treffen.

Heranwachsende Mädchen und Frauen sind mit einer Krise der Ernährungsunsicherheit konfrontiert, insbesondere in ärmeren Regionen (UNICEF 2023). Unterschiedliche biologische Bedarfe durch Menstruation, Schwangerschaft und Stillzeit sowie schädliche soziale Normen und ein ungleicher Zugang zu Ressourcen setzen sie dem Risiko von Ernährungsunsicherheit aus (Briones Alonso et al. 2018; Njuki et al. 2022). Frauen sind mit einer um 1,3 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit als Männer von mäßiger oder ernster Ernährungsunsicherheit betroffen – ein geschlechtsspezifischer Unterschied, der sich während der Pandemie auf 3,6 Prozentpunkte vergrößert hat (FAO et al. 2024a). Mehr als 1 Milliarde Mädchen und Frauen weltweit leiden an Unterernährung, was lebenslange und generationenübergreifende Folgen hat (UNICEF 2023). Unterernährte Mütter bringen gefährdete Neugeborene zur Welt: Anämische Mütter haben zum Beispiel ein höheres Risiko, Frühgeburten, Kinder mit niedrigem Geburtsgewicht und anämische Kinder zur Welt zu bringen (Allen 2000; da Silva Lopes et al. 2018). Marginalisierte und ärmere Regionen tragen die Hauptlast: In 12 Ländern, die zwischen 2020 und 2022 von Hunger betroffen waren, stieg die Zahl der akut unterernährten schwangeren und stillenden Frauen um 25 Prozent. Etwa drei Viertel der Säuglinge mit niedrigem Geburtsgewicht leben in Südasien und Afrika südlich der Sahara (UNICEF 2023).

Gleichzeitig bremst der Klimawandel Fortschritte bei der Eindämmung von Unterernährung, insbesondere bei Frauen und Kindern. Zu dessen Auswirkungen gehören geringere Ernte- und Viehwirtschaftserträge, Störungen der Nahrungsmittelproduktion und des Transports, ein geringerer Nährstoffgehalt von Grundnahrungsmitteln, Umweltzerstörung und der Verlust der Biodiversität (Fanzo et al. 2018; IFPRI 2024; Medek et al. 2017; Myers et al. 2014, 2015). Zudem sind die Auswirkungen von Katastrophen für sexuelle und geschlechtsspezifische Minderheiten oft stärker ausgeprägt (Bündnis Entwicklung Hilft and IFHV 2023). Katastrophenbedingte Unterbrechungen der Gesundheitsleistungen, insbesondere der vor- und nachgeburtlichen Versorgung sowie der Betreuung bei der Geburt, stellen ein Risiko für Frauen, ihre Schwangerschaft und ihr Kind dar (UNFPA 2024). Hitzeexposition während der Schwangerschaft erhöht das Risiko für Frühgeburten, niedriges Geburtsgewicht und Wachstumsverzögerungen (Bekkar et al. 2020; Blom et al. 2022). Eine Studie in Äthiopien ergab, dass sowohl eine kurzzeitige als auch eine lang anhaltende Dürreexposition über das 1.000-Tage-Fenster von der Empfängnis

bis zum zweiten Lebensjahr hinaus die Wahrscheinlichkeit für eine Wachstumsverzögerung bei Kindern erhöht, wobei Mädchen anfälliger für Wachstumsstörungen sind als Jungen (Bahru et al. 2019).

Die Anfälligkeit des Ernährungssektors eines Landes und seine Fähigkeit, auf den Klimawandel zu reagieren, korrelieren mit Hunger und Genderungleichheit. Eine Verbesserung der Gendergerechtigkeit könnte somit auch die Klimaresilienz erhöhen. Abbildung 1.5 zeigt, dass Länder mit *ernsten* oder *sehr ernsten* WHI-Werten, wie Jemen und Tschad, sowohl ein hohes Klimarisiko als auch ein hohes Maß an Geschlechterungleichheit aufweisen, während Länder mit *niedrigen* WHI-Werten, wie Estland und Lettland, niedrige Werte für Genderungleichheit und Klimarisiko aufweisen.

Obwohl Frauen nicht von Natur aus anfälliger für Klimawandel und -schocks sind, können Ressourcenknappheit und andere Faktoren sie anfälliger machen. Agrar- und Ernährungssysteme – die von den Klimawirkungen besonders betroffen sind – sind für die Existenzgrundlage von Frauen oft entscheidender als bei Männern. Gleichzeitig sind Frauen durch Faktoren wie unbezahlte Betreuungsarbeit, begrenzten Zugang zu Möglichkeiten, Leistungen, Technologien, Finanzen, Ressourcen und schwachen Besitzrechten in ihren Bewältigungskapazitäten eingeschränkt (FAO 2023b). Bei Klimaschocks wie Hitzestress führen die verfügbaren Anpassungsstrategien tendenziell zu einer höheren Arbeitsbelastung für Frauen. Diskriminierende Geschlechternormen, die die Mobilität von Frauen und ihren Zugang zu Klimainformationen einschränken, behindern ihre Anpassungsfähigkeit zusätzlich (Jost et al. 2015; UN Women 2023). Die geringe Teilhabe von Frauen in klimapolitischen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen verschärft ihre Vulnerabilität. Krisen wie Naturkatastrophen und Pandemien verschlimmern nachweislich geschlechtsspezifische Gewalt, die wiederum die landwirtschaftliche Produktivität sowie die Ernährungssicherheit erschwert, indem sie die Gesundheit und Resilienz der Überlebenden beeinträchtigt (UNFPA 2023). Maßnahmen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft können geschlechtsspezifische Gewalt verschärfen, indem sie beispielsweise Frauen überlasten oder Individuen beim Zugang zu Projektstandorten und Verteilungsstellen Gewalt aussetzen, insbesondere wenn die soziale Dynamik und die Machtverhältnisse nicht berücksichtigt werden (FAO 2022).

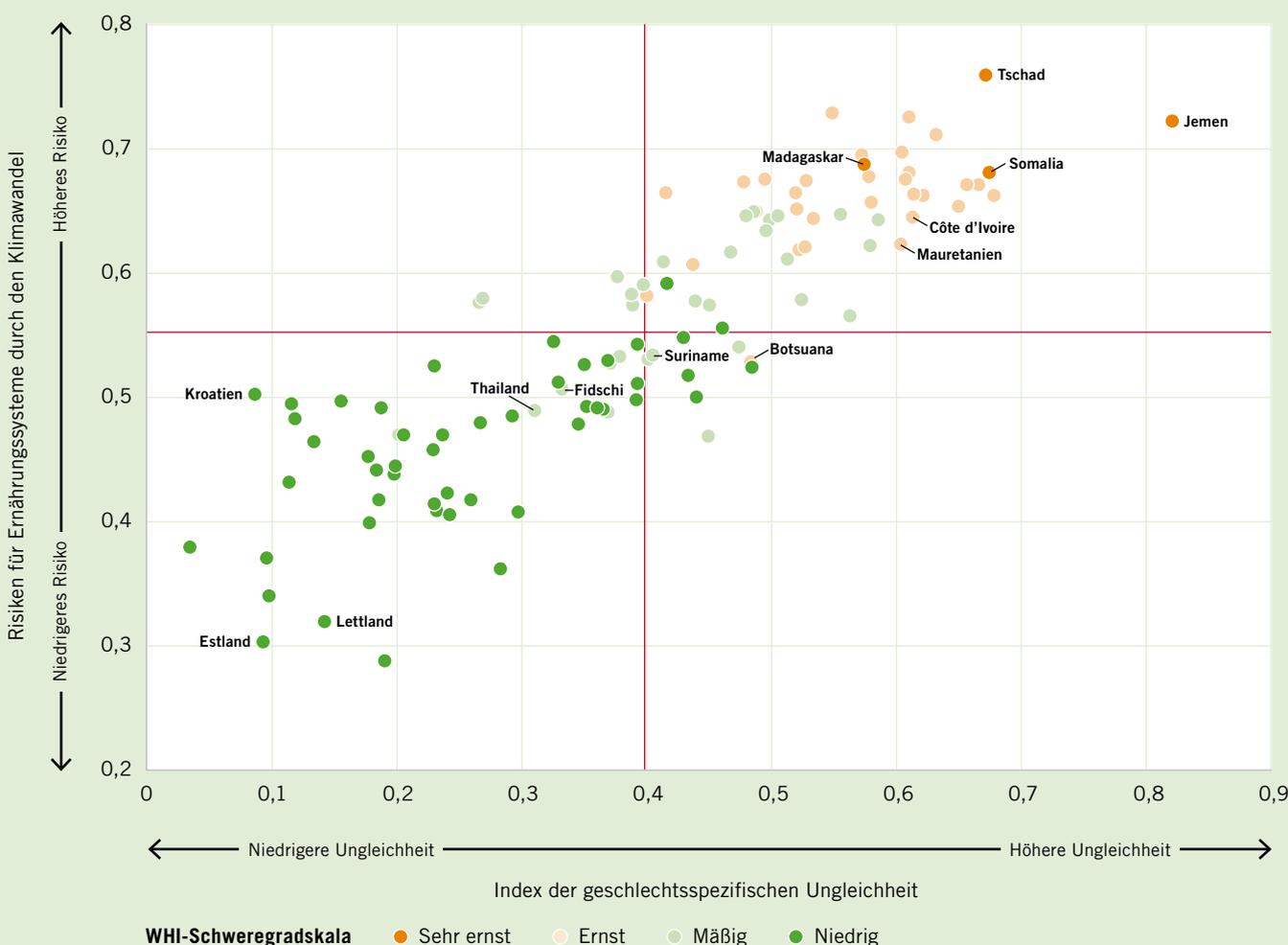
Große Datenlücken erschweren nach wie vor wirksame Maßnahmen. Es fehlen geschlechtsspezifische Daten über den Zugang der Menschen zu Produktionsmitteln, über die Anpassung an den Klimawandel, Resilienz und Ernährung. Zudem fehlen Forschungen zu Personen, die aufgrund von Faktoren wie Alter, sozioökonomischem Status, ethnischer Zugehörigkeit, indigener Identität und Abgeschiedenheit mit verstärkten Ungleichheiten konfrontiert sind (HLPE 2023). Darüber hinaus sind die Daten zur Ernährungssicherheit sexueller und geschlechtsspezifischer Minderheiten besonders spärlich und schwer zu erheben. Feindselige Umgebungen für diese Minderheiten verstärken oft binäre Geschlechternormen und stellen ein Risiko für nicht binäre

Identitäten da. Studien aus Nordamerika deuten darauf hin, dass Transgender- und gendervariante Personen in höherem Maße von Ernährungsunsicherheit betroffen sind (Russomanno and Jabson Tree 2020; Ferrero et al. 2023). Evaluationen und systematische Überprüfungen im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen lassen Gender und Gleichstellung weitgehend außer Acht, was zu einer schwachen Beleglage und begrenztem Verständnis der Effekte von Entwicklungsmaßnahmen auf die Gerechtigkeit führt (Engelbert et al. 2023).

Verschiedene Schritte können unternommen werden, um die Verbindungen zwischen Gender, Klimawandel und Ernährungssicherheit produktiv zu nutzen. Trotz Diskriminierung und Einschränkungen sind Frauen entscheidend für die Ernährungssysteme, da sie fast 40 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft ausmachen. Die Stärkung der Handlungskompetenz von Frauen, ihres Zugangs zu und ihrer Kontrolle über Vermögenswerte sowie der Gendergerechtigkeit

in Agrar- und Ernährungssystemen hat das Potenzial, die Ernährungssicherheit von Haushalten, die Ernährung von Kindern, das Wirtschaftswachstum, das Einkommen, die Produktivität und die Resilienz zu verbessern (Bapolisi et al. 2021, FAO 2023b). Die Überwindung des Arbeits- und Produktivitätsgefälles zwischen Frauen und Männern könnte das weltweite BIP um 1 Prozent erhöhen und 45 Millionen Menschen aus der Ernährungsunsicherheit befreien (FAO 2023b). Eine bessere sektorübergreifende Verankerung der Müttergesundheit und vertiefte Verbindungen zwischen Klima- und Ernährungsgemeinschaften sind notwendig. Derzeit wird die Gesundheit von Müttern und Neugeborenen nur in 23 von 119 national festgelegten Beiträgen (NDC) – wichtige nationale Dokumente zur Klimapolitik – erwähnt (UNFPA 2023). Für zielgerichtete Maßnahmen gegen Ungleichheiten aufgrund von Geschlecht, Sexualorientierung und sich überschneidenden Ungleichheiten ist es unerlässlich, Datenlücken zu schließen.

ABBILDUNG 1.5 DIE UNGLEICHHEIT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN GEHT IN VIELEN LÄNDERN HAND IN HAND MIT HUNGER UND DER GEFÄHRDUNG DER ERNÄHRUNGSSYSTEME DURCH DEN KLIMAWANDEL



Quelle: die Autor*innen, basierend auf Daten von ND-GAIN (2023) und dem Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit des UNDP (2024).

Anmerkung: Der Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (GII) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ist ein zusammengesetztes Maß, das drei Dimensionen umfasst: reproduktive Gesundheit, Teilhabe und Erwerbsbeteiligung. Die GII-Werte reichen von 0 bis 1. Ein niedriger GII-Wert weist auf eine geringe Ungleichheit zwischen Frauen und Männern hin und umgekehrt. Die Notre Dame Global Adaptation Initiative (ND-GAIN) bewertet Länder auf der Grundlage ihrer Vulnerabilität für und ihrer Bewältigungskapazität gegenüber dem Klimawandel. Die roten Linien sind Medianwerte für jede Achse.

ABBILDUNG 1.6 WELTHUNGER-INDEX 2024 NACH SCHWEREGRAD



- Gravierend $\geq 50,0$
- Sehr ernst 35,0–49,9
- Ernst 20,0–34,9
- Mäßig 10,0–19,9
- Niedrig $\leq 9,9$
- Nicht berücksichtigt oder nicht eingestuft (für nähere Angaben siehe Anhang A)

* Vorläufige Schweregradeinstufung (siehe Tabelle A.3 für nähere Angaben)



Quelle: die Autor*innen.

Anmerkung: Dem WHI 2024 liegen zum Anteil der Unterernährten Daten aus dem Zeitraum 2021–2023 zugrunde; Daten zur Wachstumsverzögerung und Auszehrung bei Kindern stammen aus dem jüngsten Jahr im Zeitraum 2019–2023, für das Daten vorliegen; Daten zur Kindersterblichkeit stammen aus dem Jahr 2022. Keine WHI-Werte wurden berechnet für Länder, zu denen keine Daten vorlagen, sowie für Länder, die die Kriterien für die Berücksichtigung im WHI nicht erfüllten; für weitere Angaben dazu siehe Anhang A.

Die in dieser Karte abgebildeten Grenzen und Ländernamen stellen keine offizielle Stellungnahme oder Anerkennung vonseiten der Welthungerhilfe, Concern Worldwide oder des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV) dar.

Empfohlene Zitierweise: Welthungerhilfe (WHH), Concern Worldwide und Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV). 2024. „Abbildung 1.6: Welthunger-Index 2024 nach Schweregrad.“ Karte im *Welthunger-Index 2024: Mit Gerechtigkeit zu mehr Klimaresilienz und Zero Hunger*. Bonn: Welthungerhilfe; Dublin: Concern Worldwide; Bochum: IFHV.

02



Die Förderung der Gendergerechtigkeit trägt zur Selbstständigkeit und Resilienz von Frauen und Männern bei. In Uganda nehmen Frauen und Männer gemeinsam an Kochkursen teil, um sich auf die Gründung eines eigenen Unternehmens vorzubereiten.

GENDERGERECHTIGKEIT, KLIMARESILIENZ UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Nitya Rao, University of East Anglia
Siera Vercillo, Wageningen University
Gertrude Dzifa Torvikey, University of Ghana

Kernbotschaften

- **Genderungleichheit, Ernährungsunsicherheit und Klimawandel treffen aufeinander und setzen Haushalte, Gemeinschaften und Länder unter enormen Druck.** In der Regel sind Frauen und Mädchen am stärksten von Ernährungsunsicherheit und Unterernährung betroffen. Sie leiden zudem überproportional stark unter den Auswirkungen von Wetterextremen und Klimakatastrophen.
- **Gendergerechtigkeit – das heißt Gleichstellung zwischen Menschen in allen Lebensbereichen – ist für eine gerechte Welt und die Verwirklichung von Klima- und Ernährungsgerechtigkeit entscheidend.** Sie besteht aus drei miteinander verbundenen Dimensionen: Anerkennung, Umverteilung und Repräsentation.
- **Anerkennende Gerechtigkeit bedeutet, dass genderdiskriminierende Normen umgestaltet werden müssen, um zu verändern, wie Haushalte, Gemeinschaften und Kulturen Geschlechterrollen und -fähigkeiten betrachten.** Es bedeutet anzuerkennen, dass verschiedene Gruppen von Menschen unterschiedliche Bedürfnisse, Verwundbarkeiten und Möglichkeiten haben und dass sich ihr physischer Standort und ihre soziale Stellung überschneiden können, wodurch Ungerechtigkeiten verstärkt werden.
- **Umverteilungsgerechtigkeit bedeutet, Ressourcen und Möglichkeiten so zu lenken, dass genderspezifische Ungleichheiten ausgeglichen werden.** Indem Frauen Zugang zu und die Kontrolle über wichtige Produktionsmittel erhalten, können ungleiche Machtdynamiken infrage gestellt und ein förderliches Umfeld für Ernährungssicherheit geschaffen werden.
- **Repräsentation bezieht sich darauf, dass die genderspezifische Lücke der Beteiligung von Frauen an der Politik und Entscheidungsfindung auf verschiedenen Ebenen geschlossen wird.** Gesetzesänderungen und die politische Teilhabe von und Führung durch Frauen können dazu beitragen, die Politik in Richtung Gendergerechtigkeit voranzutreiben, auch wenn solche Ergebnisse nicht garantiert werden können und Zeit benötigen.

→ **Reformen sind nötig, um Gendergerechtigkeit auf allen Ebenen zu erreichen – von Einzelpersonen bis hin zu Systemen und von formellen Mechanismen bis zu informellen Normen.** Während der Zugang zu Ressourcen für Frauen unerlässlich ist, müssen strukturelle Ungleichheiten – wie Klassendynamik, zunehmende Einkommensungleichheit, Unternehmenskontrolle über Produktionssysteme und mangelnde hochwertige Basisdienstleistungen – angegangen werden, um einen echten systemischen und sozialen Wandel zu ermöglichen. Die Umverteilung von Macht und Ressourcen auf Haushalts- und Gemeinschaftsebene muss durch universelle soziale Sicherung und makroökonomische Maßnahmen wie Steuer- und Handelspolitik ergänzt werden, welche die Vulnerabelsten unterstützen.

Einige der ärmsten Länder der Welt stehen an vorderster Front der Klimakrise. Madagaskar etwa ist mit einer lang anhaltenden Dürre konfrontiert, die auf den Klimawandel zurückzuführen ist und worunter die gesamte südliche Region leidet (Rigden et al. 2024). Das Land ist in hohem Maße von Hunger und Unterernährung als Folge von Wetterextremen und wirtschaftlichen Erschütterungen betroffen. Im Jahr 2023 litten 2,2 Millionen Menschen unter akuter Ernährungsunsicherheit (FSIN and GNAFC 2024). Die weitverbreitete Genderungleichheit verschärft diese Herausforderungen: Mädchen haben nur begrenzten Zugang zu Bildung, Frauen haben kaum wirtschaftliche Chancen, und die Rate der sexualisierten und genderspezifischen Gewalt ist hoch (World Bank 2023b). Madagassische Frauen sind häufiger als Männer und besonders stark von Ernährungsunsicherheit und den Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Arbeitsbelastung und Gesundheit betroffen (FAO 2024d; World Bank 2023b).

Die Situation in Madagaskar ist nur ein Beispiel dafür, wie Genderungleichheit, Ernährungsunsicherheit und Klimawandel zusammenwirken und großen Druck auf Haushalte, Gemeinschaften und Länder ausüben. Politiken und Maßnahmen berücksichtigen oft nicht den Zusammenhang zwischen Genderaspekten, Klimaherausforderungen und Ernährungssicherheit. Frauen und Mädchen sind oft am stärksten von Ernährungsunsicherheit und Unterernährung betroffen und leiden überproportional stark unter den Auswirkungen von Wetterextremen und Klimanotständen (Harris-Fry and Grijalva-Eternod 2016; Hlahla 2022; Jain et al. 2023; Rao 2020). Verschiedene Formen der Diskriminierung – formell und informell, systemisch und individuell – versperren ihnen den Weg zu Ressourcen

Anmerkung: Dieses Kapitel gibt die Meinungen der Autorinnen wieder und entspricht nicht notwendigerweise den Ansichten der Welthungerhilfe, von Concern Worldwide oder des Instituts für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV).

und Möglichkeiten, die sie benötigen, um ihr eigenes Wohlergehen und das anderer zu sichern sowie zu einem transformativen Wandel in den Ernährungssystemen und zur Klimaresilienz beizutragen.

In diesem Essay zeigen wir den Zusammenhang zwischen Gendergerechtigkeit, Klimaresilienz sowie Ernährungssicherheit auf, um sowohl unmittelbare als auch strukturelle Strategien zu identifizieren, die zu einer gendergerechten, klimaresilienten und ernährungssicheren Welt beitragen können.

Die Genderungleichheit in Ernährungssystemen ist groß – und der Klimawandel verschärft sie noch

Trotz jahrzehntelanger aufrüttelnder Rhetorik über die Notwendigkeit, gleiche Rechte und Chancen von Männern und Frauen zu gewährleisten, besteht nach wie vor eine große Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Der Global Gender Gap Index¹ zeigt mit 68,5 Prozent anhaltende Unterschiede in der wirtschaftlichen und politischen Teilhabe und im Empowerment von Männern und Frauen auf globaler Ebene auf, und in vielen Ländern ist die Kluft noch viel größer (WEF 2024a). Diese genderspezifischen Ungleichheiten beeinflussen das gesamte Leben der Frauen und haben schwerwiegende Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit, die Ernährung und die Resilienz der Welt gegenüber dem Klimawandel.

Frauen sind unter den unterernährten Menschen nach wie vor am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffen, mit Unterschieden

¹ Der Global Gender Gap Index misst die Werte auf einer Prozentskala von 0 bis 100. Die Punktzahl gibt an, wie weit die Gleichstellung vorangeschritten ist (das heißt wie viel Prozent der geschlechtsspezifischen Lücke geschlossen wurde), sodass eine höhere Punktzahl eine geringere geschlechtsspezifische Lücke bedeutet.

von bis zu 19 Prozentpunkten zwischen den Geschlechtern in einigen Ländern (Broussard 2019). Besonders gravierend ist die Lage in konfliktbetroffenen Gebieten (FSIN and GNAFC 2024). Frauen, die arm sind, auf dem Land leben, Migrantinnen, Flüchtlinge oder in informellen Beschäftigungen tätig sind, sind noch stärker gefährdet (siehe Box 2.1). Selbst in Friedenszeiten essen Frauen und Mädchen weltweit aufgrund der Ungleichheiten, die in Kulturen, Gemeinschaften und Haushalten herrschen, oft als Letzte und am wenigsten.

Als Folge daraus leiden Frauen unter weitverbreitetem Nährstoffmangel. Die spezifischen Ernährungsbedürfnisse von Schwangeren und stillenden Frauen werden in den Haushalten oder durch staatliche Maßnahmen nur selten ausreichend berücksichtigt. Anämie beispielsweise betrifft weltweit 30 Prozent aller Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren (WHO 2023) und nahezu die Hälfte aller Frauen in Westafrika und Südasien.

Auch Ernährungssysteme im weiteren Sinne diskriminieren Frauen. Ansätze in der Agrar- und Ernährungspolitik und in der Finanzpolitik reagieren oft nicht auf die zugrunde liegenden Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, wie zum Beispiel diskriminierende Normen, Arbeitsbelastungen und Landvererbungsregelungen. Dennoch sind sie auf die unbezahlte landwirtschaftliche Arbeit und Fürsorge durch Frauen angewiesen, um ein ungerechtes Ernährungssystem aufrechtzuerhalten (Njuki et al. 2021). Selbst in Ländern, in denen die Landrechte von Frauen im Gesetz verankert sind, schränken soziokulturelle Normen und Praktiken ihren Zugang zu und ihren Besitz von Land ein.

Gleichzeitig hat der Klimawandel überproportional starke Auswirkungen auf Frauen. Laut dem Bericht *Das ungerechte Klima* der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

BOX 2.1 WIE GENDER MIT ANDEREN IDENTITÄTEN UND ERFAHRUNGEN ZUSAMMENHÄNGT

Gender bezieht sich auf die gesellschaftlichen Frauen und Männern zugeschriebenen Charakteristiken, die erlernt werden, sich im Laufe der Zeit verändern und sowohl innerhalb einer Kultur als auch zwischen Kulturen variieren. Während die Geschlechterbeziehungen die sozialen Machtverhältnisse und die Rollen, Verantwortlichkeiten, Möglichkeiten und Erwartungen von Frauen und Männern bezeichnen, sind diese Kategorien nicht homogen. Vielmehr ist die Erfahrung von Gender in der Intersektionalität verwurzelt und spiegelt die vielfältigen, sich überschneidenden Quellen von Identität und Unterdrückung wider, sei es Ethnie, Ethnizität, Kaste oder sexuelle Identität.

Ernährungssicherheit bedeutet nicht nur Vitamine, Mineralstoffe und eine abwechslungsreiche Ernährung,

sondern sie ist Teil eines breiteren Systems, welches Frauen in Abhängigkeit von Lebensphase und sozialer Stellung auf unterschiedliche Weise betreffen kann. Da sich die Umstände überschneiden und überlagern, können sie zusammen zu einer kumulativen Belastung werden. Die Frauen, die am stärksten von Ernährungsunsicherheit und Nährstoffmangel betroffen sind, sind meist arme, ländliche Frauen mit geringer Bildung (HLPE 2023), indigene Frauen (Lemke and Delormier 2017), in Städten lebende, ärmere Frauen (Roy et al. 2023) und ältere Frauen (Assoumou et al. 2023). Diese sich überschneidenden Triebkräfte werden jedoch nicht systematisch dokumentiert oder von der Politik berücksichtigt (Lemke and Delormier 2017; Rao 2020).